Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2018 — *68. Jahrgang, Nr. 793/94*

Detlef Chilla: „Der Bundesvorstand der VOS wird das nicht hinnehmen!“

Die Abläufe zur Entlassung von Gedenkstättendirektor Knabe sind befremdend für die SED-Opfer

Mit Sorge und Unruhe betrachtet der Bundesvorstand der VOS die zuletzt entstandene Entwicklung in der Gedenkstätte für die Stasi-Opfer in Berlin- Hohenschönhausen. Nachdem der Direktor Dr. Hubertus Knabe nach einer einstimmigen Entscheidung des Stiftungsrates von seinem Amt enthoben wurde und er trotz Einstweilige Verfügung nicht in sein Amt zurückkehren durfte, ist er im November vom Stiftungsrat auch als Vorsitzender dieses Gremiums abgesetzt worden.

Der Bundesvorstand der VOS sieht in diesem Zusammenhang die wiederum einstimmig vorgenommene Beschlussfassung der Stiftungsratsmitglieder kritisch. Die CDU-Vertreter stellen sich abermals bedingungslos auf die Seite eines Linken-Politikers.

Der Bundesvorstand der VOS fordert endlich eine bessere Kommunikation zwischen dem Stiftungsrat und den SED-Opfern. Sicherlich ist es möglich, dass Missverständnisse aufgetreten sind, die durch die unzureichende Information zustande kamen. Der Stiftungsrat schadet und desavouiert sich selbst, indem er diese für die SED-Opfer wichtigen Beschlüsse nicht ausreichend öffentlich kommuniziert.

Es ist unbestritten notwendig, Opfer von sexuellen Belästigungen zu schützen. Es geht jedoch auch um die Interessen der Opfer der kommunistischen Gewalt, die sich in dem nunmehr geschaffenen Milieu von Anschuldigungen und Boshaftigkeiten nicht mehr zurechtfinden und ihre eigenen Schicksale zunehmend unberücksichtigt sehen. Die Gedenkstätte in Berlin- Hohenschönhausen ist ein Ort schweren Leidens und schwerer Schicksale. Sie steht stellvertretend für andere Gedenkstätten in den Neuen Bundesländern, die weniger Beachtung bekommen und sich teils im Stand-by-Modus befinden. Menschen sind in diesen Leidensstätten gequält worden und zu Tode gekommen.

Der Bundesvorstand der VOS fordert Beweise für die Anschuldigungen gegen Dr. Knabe und ein Bekenntnis zu den Leiden und Schicksalen der Opfer von SED und Stalinismus. Nur darum geht es in der Gedenkstätte.

Dieses Leid, das die sozialistische Diktatur verursacht hat, prägte bislang das Erscheinungsbild der Gedenkstätte. Es wird nun zunehmend von Personalstreitigkeiten überlagert, die sich hinter verschlossenen Türen abspielen und den Sinn und den Bildungsauftrag der Gedenkstätte entwürdigen. Gegenüber der Öffentlichkeit wird zunehmend ein Bild vermittelt, das verschleiert, wer die tatsächlichen Opfer sind.

Der Bundesvorstand unterstützt mit diesem Appell nicht vordergründig die Position Herrn Knabes. Da ihm aber keine Beweise für die Anschuldigungen vorliegen, gilt für ihn die Unschuldsvermutung. Dies ist ein Prinzip des Rechtsstaates, an das sich auch der Stiftungsrat halten sollte.

Der Verband VOS fordert ein klares Bekenntnis zu den Leiden und Schicksalen der Opfer von SED und Stalinismus. Dies ist nicht mehr deutlich ersichtlich. Der Bundesvorstand empfiehlt, den Stiftungsrat aufgrund der vorgenannten Versäumnisse direkt dem Bundestag zu unterstellen und ihm Mitglieder beizugeben, die aus den Reihen der SED-Opfer kommen. Das bisherige Vorgehen erinnert an die Verhältnisse in der DDR.

Sollte keine Aufklärung und kein Bekenntnis zu den Opfern und Widerständlern des SED-Regimes erfolgen, wird der Verband im letzten Monat (März 2019) der Kündigungsfrist von Dr. Hubertus Knabe vor dem Eingang der Gedenkstätte eine tägliche Mahnwache organisieren, die sowohl die ausländischen wie auch die inländischen Besucherinnen und Besucher, insonderheit die Schulklassen, über die Vorgänge informiert.

Detlef Chilla, Bundesvorsitzender d. Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V., im Namen der Mitglieder der VOS

Allen Mitgliedern der VOS sowie den Abonnenten der Freiheitsglocke ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr Gesundheit, Glück, Wohlergehen und Zufriedenheit mit den politischen Zuständen im Land.

Unsere Freiheitsglocke erlebt im Sommer 2019 ihre 800. Ausgabe. Welch ein großartiger Meilenstein in der 69-jährigen Geschichte der VOS.

Vorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur

Weihnachten, Jahreswechsel – ich habe mal wieder in alten bis ganz alten Ausgaben der Freiheitsglocke geblättert und dabei ein Stück Geschichte aufgefrischt, das nicht nur die VOS betrifft. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten haben wir in unserer Monatszeitschrift viele aktuelle Ereignisse sowohl im Verband wie auf gesamtdeutscher oder internationaler Ebene dokumentiert. Es ist gut, dass die Zeitung in zentralen Archiven erfasst ist und der eine oder andere seine eigene Sammlung zusammengestellt hat. Es sind eine Unmenge Häftlingsschicksale erfasst worden und über die Aktivitäten, die Einzelne oder Gruppen vorzuweisen hatten, findet man vieles.

Wir haben durch die Freiheitsglocke ein Stück Zeitgeschichte festgehalten, das für die Nachwelt sicher nicht unbedeutend ist und das über Schicksale, Vorgänge und Personen berichtet, die in dieser Authentizität und Geschlossenheit an anderer Stelle nicht existieren. Natürlich hat es immer mal wieder Irrtümer oder Druckfehler gegeben, und es ist zuweilen nicht ohne Kontroversen abgegangen. Doch das passiert in allen Medien. Selbst die großen Magazine unseres Landes ergehen sich in Irrtümern und Ungenauigkeiten, sie preisen Persönlichkeiten, von denen sich später herausstellt, dass sie keineswegs so integer waren, wie sie der Welt verkauft wurden.

Als bedrückend empfinde ich allerdings den Blick auf die vielen Kameradinnen und Kameraden, deren Fotos oder Berichte man in den alten Fg-Ausgaben sieht und die mittlerweile von uns gegangen sind. Es sind zu viele, als dass ich Einzelne hervorheben möchte. Vielmehr verbindet sich damit die Erkenntnis, dass die jetzt 60- bis 70-Jährigen die letzte Generation bilden., die unter der SED- Herrschaft gelitten hat und durch die Hölle der Haftanstalten gegangen ist. Und auch diese Reihen lichten sich, weshalb man fragen muss: Was und wer kommt nach uns? Sicherlich ist es gut, die alte SED-Diktatur überwunden zu haben und eines der Hauptziele, den Kampf für die Freilassung politischer Häftlinge in den sozialistischen Staaten, nicht mehr verfolgen zu müssen. Das andere Ziel, die soziale Lage der Ex-Häftlinge weiter zu verbessern, obliegt uns jedoch weiterhin. Meiner Meinung nach sollten wir nun eine weitere Grundaufgabe in die Satzung aufnehmen: Die Übermittlung des authentischen geschichtlichen Wissens an die jüngeren Menschen in Deutschland. Wir sind natürlich vielfach als Zeitzeugen im Einsatz, doch es stünde uns gut an und würde unser Image als geschichtlich wichtige Kraft im Widerstand gegen das kommunistische Unwesen aufpolieren, hätten wir offiziell ein solches Bekenntnis.

Auf ein Wort zum Jahresende

Nun stehen wir vor der nächsten Jubiläumsausgabe unserer Zeitung. Es wird die 800. sein – welch eine Erfolgsstory. Meine erste Ausgabe trug die Nummer 536. Ich bin damals quasi ins kalte Wasser gesprungen und habe einfach drauflos geschrieben und vieles verändert. Versand, Zustellung und Satz/ Layout befanden sich noch im „altertümlichen“ Modus. Ich habe (bis auf die Druckfehler) gleich sehr viel Zuspruch bekommen. Wir hatten damals noch mehr als 3.000 Mitglieder und eine hohe Zahl an Abonnenten. Auch die Jubiläumsausgaben wurden besonders herausgehoben. Anschließend ging es „normal“ weiter, hin zur nächsten runden Zahl.

Üblicherweise gab es immer Gratulationsschreiben von Politikern, die wir dann veröffentlicht haben. Das, so denke ich, wird sich erübrigen, nachdem wir von der CDU als Regierungspartei den Bescheid bekommen haben, dass der jährliche Inflationsausgleich auf die Opferrente, der im Oktober vom Bundesrat per Beschluss empfohlen wurde, nicht mal diskutiert worden ist. Ich denke, wenn es denn so ist, dass dieses Land nicht mal mehr einen im Grunde winzigen Betrag übrig hat, dann sollte man, um es mit Kästner zu sagen, von dem Kakao, durch den wir mittlerweile gezogen werden, nicht noch trinken. Ich würde mich freuen, wenn das eine oder andere Verbandsmitglied eine kleine oder große Notiz für die 800. Ausgabe beisteuern kann. Damit werden wir unserem Auftrag und den von uns gegangenen Kameraden am ehesten gerecht. Fest steht: Es gibt im Nachkriegsdeutschland wenig Presseerzeugnisse, die sich über fast 70 Jahre und mit 800 Ausgaben gehalten haben.

Andererseits sollten wir aus der erteilten Abfuhr in Sachen finanzielle Verbesserungen wieder mehr Eigeninitiative entwickeln. Es ist klar, dass wir nur Zusagen erreichen, wenn die Parteien dies beschließen. Leider ist es nicht mehr wie früher, als die Politiker unsere Unterstützung brauchten. Es ist umgekehrt, woran wir als Verband nicht unschuldig sind. Mit Briefen und Einladungen zu Gedenkfeiern erreichen wir offenbar nichts. Ich kann mich erinnern, dass wir vor etwa 15 Jahren den Parteien auf die Pelle gerückt sind. So strittig wie es damals war, haben wir uns sogar bei der PDS eingeladen. Auch bei FDP, B‘90 / Grüne sind wir gewesen. Wir haben deutlich auf die soziale und gesundheitliche Misere vieler Opfer hingewiesen, und man behielt uns in Erinnerung. Auch wir selbst haben Politiker zu unseren Veranstaltungen eingeladen und sie mit Fakten und Beispielen konfrontiert – erst dann durften sie ihre Pflichtreden halten.

Noch sind wir in der Verfassung, uns selbst zu helfen. Wir sollten uns nicht als bedauernswertes Klientel hinstellen lassen, das zufällig Opfer der SED geworden ist. Viele von uns haben gewusst, dass am Ende eines bitteren Weges die Haft wartet. Wir haben sie in der Hoffnung ertragen, dass man das nicht allein durch Pflichtreden anerkennt. Und auch dies: Wir sind in Gießen aus den Bussen gestiegen, mit einem Paar Unterwäsche in der Tasche und keinem Pfennig Geld.

Nun steht Weihnachten vor der Tür. Natürlich wünsche ich allen ein frohes Fest. Aber ich rufe auch allen zu: Habt Mut, zeigt Selbstbewusstsein, versteckt euch nicht hinter Briefen oder eurem erlittenen Leid. Seid offensiv.

Ich hoffe auf ein neues Jahr, in dem wir etwas vorwärts kommen
Ihr / euer Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen – wesentliche Informationen

Titelseite

Unruhe, Sorge, Empörung
Nach den Gerichtsentscheidungen ist die Entlassung von Dr. Knabe offenbar unabwendbar. Trotzdem stellt die VOS Fragen an den Senat, die CDU und die Mitglieder des Stiftungsrates

***Redaktionsthema*:**
Eine Bilanz zum Jahresende. Im nächsten Jahr erleben wir, wenn nichts dazwischen kommt, die 800. Freiheitsglocke
Zur Situation unseres Verbandes 2

Es ist ein unverständliches Trauerspiel
CDU erteilt den Opfern eine Absage bei Inflationsausgleich 4

Die Stimmung ist nicht gut – nicht nur unter den SED-Opfern
Über die Abläufe und die Perspektiven in und um die Stasi-Opfergedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen 5 - 6

Rechtlich gesehen ist alles korrekt gelaufen, nun geht es um die Weiterführung auf dem erwarteten Niveau
Ein Interview mit Birgit Neumann-Becker, die Mitglied im Stiftungsrat der Opfergedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen ist, über die Vorder- und Hintergründe im „Fall“ Knabe 7 - 12

Die Gummiknüppel in der Kaiwitzstraße
Endlich raus aus diesem Staat – Ein Aufrechter erzählt seine Geschichte 13

Das arithmetische und geometrische Mittel in der Weltanschauung
Karl Marx und weitere Irrtümer 14

Die Spuren der fürchterlichen Folterungen im GPU-Keller sind heute noch erkennbar
Der Weg eines Jungen durch die Gräuel der Internierungslager bis nach Sibirien 15 – 16

Am Volkstrauertag die Opfer kommunistischer Gewalt nicht vergessen!
In Wurzen nimmt der Bürgermeister am Gedenken teil 16

Die Voraussetzungen für ein Denkmal wären noch erfüllt
Der Kampf um die Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg 17

Geschichte falsch verstanden
Berlin will einen Frauentag wie in der DDR 17

Bei den Jugendlichen riesiges Interesse geweckt
Projekttag am Point Alpha mit 250 Beteiligten 18

Neubrandenburg will seinen Marx
Legitimation für veraltetes Gedankengut 18

Arbeitsgruppe betroffener Heimkinder DDR auf der Suche nach Unterstützung
Aufstockung des Fonds von 40 Millionen Euro auf 364 Millionen Euro erreicht 19 - 21

Gehirnwäsche inklusive
Bonner Schule will Zeitzeugen- Veranstaltung nur bei Nachweis der richtigen politischen Einstellung zulassen 21

Ich treffe das Nichtwissen bei all meinen Veranstaltungen an
Über die Bedeutung der Zeitzeugenveranstaltungen in den Alten Bundesländern 22 - 23

Routine, Bequemlichkeit, Eigensinn
Die Schulen setzen die Rahmenlehrpläne nur unzureichend um. Weshalb? 23

Eine Bereicherung der Geschichtskenntnisse
Die Friedrich-Ebert-Stiftung lud nach Bützow und Güstrow ein 24

Gedenken, erinnern, informieren
Potsdamer Forum fordert bei Gedenkveranstaltung in Griebnitzsee die umfassende Einbeziehung der Schulen 24

Erziehungspflicht und staatlicher Kindesraub
Wann werden die Zwangsadoptionen geklärt? 25

Sechs verlorene Jugendjahre nachgeholt
Ein Nachruf auf Detlev Putzar 25

Wir werden die Besetzung der MfS-Dienststellen nicht vergessen
Opferinitiativen protestieren gegen Schließung der Außenstelle 26

Sollte das wirklich wahr werden?
Brandenburg: CDU und Linke – das neue Traumpaar? 27

Dankesschreiben 7, 14
Stiftungen, Hinweise, Korrekturen 6, 7, 28
Leserbriefe, 8, 18, 27
Nachrufe 18, 27
Studierende sucht Zeitzeugen 14
Impressum / Termine 28

Danke an alle großartigen Spender, die sich für die VOS einsetzen!

*Der **Vorstand** hat nichts **einzuwenden**, **wenn** es **demnächst** wieder **bedeutend** mehr **sind***

Hans Stein, Dr. Christian Tauschke, Wilfried Rohleder, Ingolf Braungart, Hede Ehrlich, Helmut Fleischhacker, Karl-Günter Wehling, Gerd Ahnert, Gerhard Milde, Eberhard Pohl, Horst Lindemuth, Gerold Müller, Karl-Heinz von Pohlheim, Bernd Noll, Herbert Thomas, Eberhard Kaduk, Manfred Schultz, Gisela Gärtig, Hartmut Trapp, Wolfgang Thamm, Helmut Kirchhoff, Wilfried Seifert, Helmut Günther, Rudolf Schrader, Bernd Schnabelrauch, Dr. Herbert Priew, Hartmut Reich, Dietrich Jacobs, Wolfgang Lehmann, Günter Uhlig, Ingrid und Michael Faber, Karl-Heinz Hammer, Rolf-Dieter Weske, Klaus Schönberg.

Hinweis: Wegen der Dringlichkeit zur Aufklärung der Vorgänge in der Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen mussten trotz des Umfangs der aktuellen Fg- Ausgabe einige vorgesehene Beiträge auf die nächste Freiheitsglocke verlegt werden. Der Redakteur bittet hierfür um Verständnis. *ARK*

Das ist ernüchternd: CDU lehnt Inflationsausgleich für Opfer ab

Die Empfehlung des Bundesrates vom Oktober 2018 findet kein Gehör bei der Bundesregierung

In der letzten Fg-Ausgabe war als späte Meldung zu lesen, dass der Bundesrat eine Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ/DDR an den Bundestag abgegeben hat. Die Meldung kam nach Redaktionsschluss, löste jedoch bei den Betroffenen eine vorsichtige Hoffnung aus, dass die Maßnahmen, die konkret benannt wurden, durch den Bundestag in absehbarer Zeit beschlossen und somit wirksam würden.

Es handelt sich dabei um acht Vorschläge, die auch von der VOS seit langem auf die Tagesordnung gebracht werden. Darunter die elementaren Forderungen nach der Anpassung der Opferrente an den Inflationssatz, die Aufhebung des Halbjahreslimits bei der Gewährung dieser Leistung, die Zahlungen von Ausgleichsleistungen für einstmals verfolgte Schülerinnen und Schüler und Opfer von Zersetzungsmaßnahmen sowie Geschädigte von Zwangsaussiedlungen.

Bei der Anpassungsmaßnahme der Opferrente heißt es als Begründung:

Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass eine Dynamisierung der Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG und § 17a StrRehaG erreicht werden müsste. Dies erscheint angesichts der wirtschaftlichen Lage vieler Betroffener gerecht. Eine Dynamisierung der Ausgleichsleistungen würde dem den Rehabilitierungsgesetzen innewohnenden Grundgedanken des Befriedungsfaktors und den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Interessen der Betroffenen nachhaltig gerecht werden. Zudem hätte es den Vorteil, dass perspektivisch für eine Anpassung keine neuerliche Gesetzesnovellierung notwendig wäre.

Thematisiert wird auch die Vereinfachung bei der Anerkennung traumatischer Belastungen, was bisher völlig unzureichend gehandhabt wurde.

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass eine angemessenere Bewertung der bei Betroffenen von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR häufig bestehenden „komplexen Trauma-Folgestörungen“ im Rahmen der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden angezeigt ist. Die Verlaufsformen von posttraumatischen Belastungsstörungen aufgrund politischer Verfolgung in der SBZ/DDR werden bei der bisherigen Begutachtung der Betroffenen im Rahmen der Versorgungsmedizinverordnung (VersMedV) nur unvollständig berücksichtigt. Verschiedene wissenschaftliche Studien legen nahe, dass eine Überarbeitung der maßgeblichen versorgungsmedizinischen Begutachtungsgrundlagen angezeigt sein könnte. Der Bundesrat hält es für erforderlich, dass sich der Ärztliche Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin gemäß § 3 Vers MedV mit dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft und versorgungsmedizinischer Erfordernisse zur Bewertung komplexer posttraumatischer Belastungsstörungen aufgrund politischer Verfolgung befasst.

Die angeführten Begründungen wären in der Tat auch hilfreich, um weiteren Anträgen und Forderungen der Betroffenen aus dem Wege zu gehen und die Bundesregierung langfristig von den Diskussionen zu diesem Thema zu entlasten.

Die vorgeschlagenen Verbesserungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn sie umgesetzt würden, wäre damit vielen Opfern geholfen, und wichtig wäre der moralische Faktor. Allein die Tatsache, dass die VOS seit Jahren um minimale finanzielle Verbesserungen für die Opfer kämpft und meistens nicht mal beachtet wurde, hat Enttäuschung und Misstrauen nach sich gezogen. Dass die Empfehlung vom 3. Oktober 2018 an die Bundesregierung zustande kam, ist denn auch erst der Initiative der Landesregierungen der Neuen Bundesländer zu verdanken – und dies unter entscheidender Mitwirkung der Linkspartei.

Dass es nun gerade die Linkspartei als Nachfolgerin der SED ist, die sich wirksam für die ihre eigenen Opfer einsetzt, führt sicher zu Verwirrung, wenn nicht sogar Ablehnung. Man muss in diesem Zusammenhang konstatieren, dass es die einstigen Verbündeten der Kommunismus-Opfer, die Unionsparteien und die FDP, bei hohlen Phrasen belassen, wenn sie sich an uns erinnern. Von der SPD und Bündnis 90 / Grüne ist in Sachen soziale Besserungen ohnehin lange nichts zu hören gewesen.

Jeder Betroffene muss nun selbst entscheiden, ob er mit der Fürsprache der Linken einverstanden ist. Zur Erinnerung sei hier angemerkt, dass die Linke, auch schon als PDS, bereits kurze Zeit nach der Wiedervereinigung eine keineswegs geringe regelmäßige Leistung für ehemalige politische Häftlinge gefordert hatte.

Allerdings kann es sein, dass sich die Haft-Opfer über die Gewissensentscheidung „Hilfe der Linken oder nicht“ keinerlei Gedanken machen müssen, denn die CDU, die derzeit den wesentlichen Teil der Bundesregierung einnimmt, hat sehr kurzfristig und eindeutig reagiert, indem ihr Stellvertretender Vorsitzender Arnold Vaatz an unseren Kameraden Bernd Pieper ein entsprechendes Schreiben richtete, in dem es wörtlich heißt:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren viel erreicht. Sie wird sich auch in dieser Wahlperiode für die Rechte der SED-Opfer sowie die Erinnerungskultur einsetzen. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass eine abermalige Erhöhung der SED-Opferrente im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD nicht enthalten ist.

Die Aussage ist bitter und ernüchternd. Sie macht die Opfer durchweg sprachlos. Mehr oder weniger kann man daraus entnehmen, dass die Wiedergutmachung geschehenen Unrechts damit abgeschlossen ist. Schaut man genau hin, so kann das nicht an finanziellen Engpässen liegen. Der Haushalt ist prall mit Geld gefüllt, und die Kosten wären ohnehin nicht hoch. Es sind nicht mehr viele Betroffene, die entscheidend beigetragen haben, die DDR zu stürzen. Und ihre Zahl nimmt – leider– quasi täglich ab. Allein von den Ausgaben, die Herr Maßen als suspendierter Staatsbeamter verursacht, könnten monatlich mehrere hundert Opfer einen Inflationsausgleich auf die Opferrente bekommen. Es ist und bleibt ein Trauerspiel. *B. Thonn*

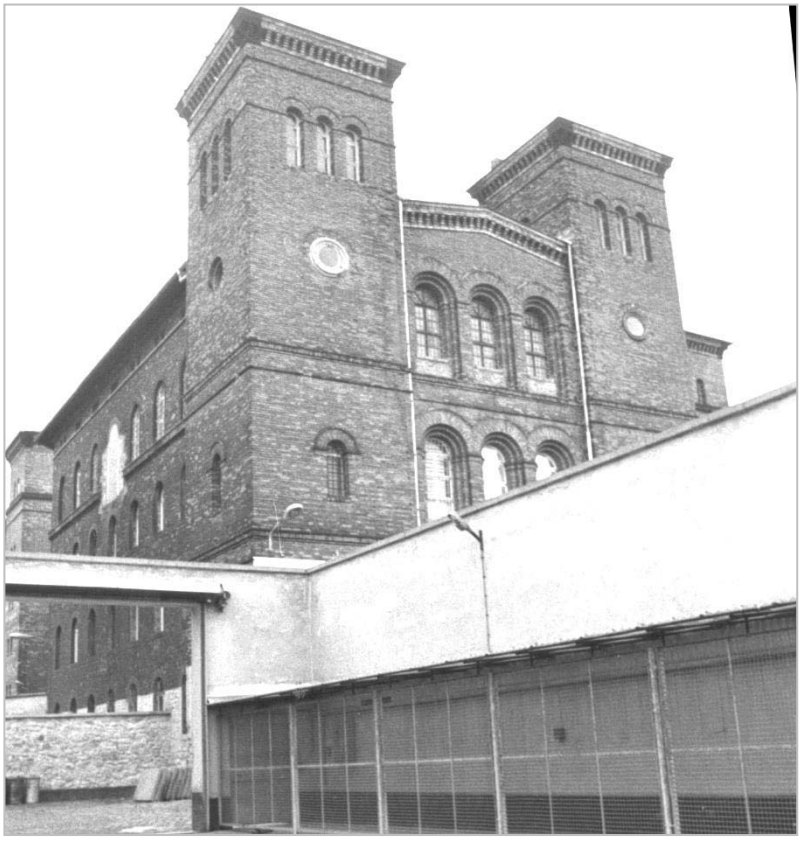
Vorwärts, rückwärts oder Ende mit Gedenken und Aufarbeitung?

Abberufung von Gedenkstättendirektor Knabe sorgt weiter für Fragen, Unruhe und Spekulationen

Wie geht es weiter mit dem suspendierten Direktor der Berliner Opfergedenkstätte Hubertus Knabe? Die Meldungen, die in diesem November in kurzen Abständen durch die Medien gingen, führten jeweils zu neuen Spekulationen.

Fest steht: Knabe ist bis zum 31. März 2019 von seinem Amt als Gedenkstättendirektor beurlaubt, danach wird die gegen ihn ausgesprochene Kündigung rechtswirksam. Die Entscheidung fiel Mitte des Monats November. Das Berliner Arbeitsgericht hat Knabes Klage wegen Nichtzuständigkeit abgewiesen. Knabe hatte daraufhin die Möglichkeit genutzt, innerhalb der vorgegebenen Frist von zwei Wochen (Dezember 2018) beim Landesarbeitsgericht Berlin Beschwerde einzulegen. Ob er sich Hoffnungen auf eine Rücknahme der Kündigung machen darf, ist abzuwarten. Sein Arbeitsverhältnis wurde erst jetzt offengelegt, indem das Berliner Arbeitsgericht mit der Ablehnung der Klage den arbeitsrechtlichen Status Knabes deutlich gemacht hat: Knabe befindet (bzw. befand) sich demnach in einem besonderen Beschäftigungsverhältnis. Er ist (war) ein eigenständiges Organ innerhalb des Stiftungsrates und unterliegt damit keiner Anstellung im Öffentlichen Dienst. Zugleich ist Knabe Vorsitzender des Stiftungsrates, er besitzt jedoch keine Stimme in diesem Gremium und ist auch nicht automatisch berechtigt, an den Beratungen teilzunehmen. Vielmehr wird er selbst durch den Stiftungsrat beaufsichtigt. Dass Knabe an der Sitzung zur Beschlussfassung seiner Abberufung nicht hat teilnehmen dürfen, ist also kein Verstoß. Inwieweit er mit dieser Vorgehensweise diskriminiert wurde, bleibt Ansichtssache. Knabe bekam immerhin die Gelegenheit, seine Position in Form einer Anhörung vorzutragen. Er wurde jedoch in einer weiteren Entschließung aus dem Stiftungsrates ausgeschlossen.

Mit Wirkung vom 26. November 2018 hatte sich Knabe dann per Einstweilige Verfügung in sein Amt zurückgekämpft. Allerdings hatte zwischenzeitlich der dem Stiftungsrat angehörende Berliner Kultursenator Lederer die ehemalige Bundesbeauftragte für die MfS-Unterlagen Marianne Birthler mit der zeitweiligen Weiterführung der Leitung der Gedenkstätte beauftragt. Herrn Klaus Lederer ist aufgrund seiner Position als Senator für Kultur und Europaangelegenheiten die Gedenkstätte unterstellt. Er konnte durch eine „Gegenverfügung“ kurzfristig erreichen, dass die durch Hubertus Knabe erwirkte Einstweilige Verfügung aufgehoben wurde. Damit wurde Knabe am 26. November der Zutritt zu seinem Büro verwehrt, und Knabe konnte bzw. durfte seinen Dienst nicht wahrnehmen, wiewohl ihn einige ehemalige politische Häftlinge aufmunternd und erleichtert mit Blumen begrüßten.



Es muss angemerkt werden, dass hier weitere Verläufe wegen des Redaktionsschlusses der Fg (30. November) nicht mehr wiedergegeben werden können. Dennoch lassen sich zu diesem Zeitpunkt wesentliche Erkenntnisse festhalten. Zum einen betrifft dies die Vorwürfe gegen Gedenkstättendirektor Knabe, er sei den ihm unterstellten Nachlässigkeiten in seinem Amt nicht nachgegangen. Knabe hat sich hierzu nicht oder nur unzureichend öffentlich geäußert, demnach hat er weder etwas widerlegt noch entkräftet. Die Frage, hat es während seiner Dienstzeit Hinweise, Beschwerden oder Kündigungen wegen Belästigungen und Missachtung von Persönlichkeitsrechten oder gar sexuellen Übergriffen gegeben, ist durch Knabe – für die Öffentlichkeit und somit für die SED-Opfer – ebenso unbeantwortet geblieben wie jene, ob in der Gedenkstätte einige Vorgesetzte die dienstlichen Befugnisse im vorgenannten Sinne überschritten oder missbraucht haben. Solange die diesbezüglichen offiziellen Erklärungen und Nachweise – die man zumindest den Opfern der SED schuldig wäre – ausstehen, kann in der Öffentlichkeit nicht von Schuld oder Nichtschuld gesprochen werden. Leider trägt Knabe selbst nicht ausreichend zur Aufklärung bei, wiewohl auch er den SED-Opfern gegenüber in der Pflicht steht. Er macht es damit auch der anderen Seite leicht, sich seiner zu entledigen.

→ Seite 6 oben

→ von Seite 5

Unklar – auch dies aus Sicht der SED-Opfer – bleibt, warum nach Bekanntwerden der Entlassung die Protestschrift einiger dem Beirat angehörender Frauen erschien und drei von ihnen dieses Gremium verlassen haben. Der Beirat wird laut Satzung zur fachlich wissenschaftlichen Beratung der Arbeit in der Gedenkstätte hinzugezogen. In Personalangelegenheiten ist er nicht zuständig. Er hatte also kein Mitspracherecht bei der Entscheidung zur Abberufung Knabes.

Mittlerweile hat sich der Vorgang fast ausschließlich auf Knabe selbst konzentriert, wodurch die betroffenen weiblichen Mitarbeiterinnen und deren Vorwürfe kaum noch oder nur pauschal erwähnt wurden. Sie sind bzw. waren als Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte ihrem Vorgesetzten Dr. Knabe anvertraut. Wenn gegen sie Druck ausgeübt oder das von ihnen eingegangene Abhängigkeitsverhältnis missbraucht wurde, dann ist das kein Kavaliersdelikt, sondern es erfordert unvermeidlich Konsequenzen.

Die Gedenkstätte ist durch die Vorgänge in ihrem Erscheinungsbild beschädigt, was auch auf die hier dokumentierten Schicksale der Opfer und die tätigen Zeitzeugen zurückfällt. Die Stimmung der Opfer, das konnte und kann man erfahren, ist nicht gut. Das Vertrauensverhältnis zum Stiftungsrat hat ebenfalls gelitten.

Nach wie vor wird beklagt, dass mit dem Linken-Senator für Kultur- und Europafragen Klaus Lederer ausgerechnet ein Vertreter der SED-Nachfolgepartei die institutionelle Verantwortung für die Gedenkstätte hat. Es ist jedoch nicht festzustellen, dass der Senator die Aufarbeitung im Rahmen der Gedenkstätte behindert oder an einer Stelle gedeckelt hätte. Herr Lederer bzw. seine Partei sind regulär gewählt, und wenn wir uns als SED-Opfer und Widerständler zur Demokratie bekennen, müssen wir diese Situation aushalten und versuchen, mit demokratischen Mitteln dagegen zu halten.

Der UOKG-Vorsitzende Dombrowski, ebenfalls dem Stiftungsrat angehörig, wird in einem Artikel des Tagesspiegel vom 28. November 2018 zitiert, er sei empört darüber, von seiner eigenen Partei im Stich gelassen worden zu sein. Und er habe wegen der massiven Vorwürfe gegen Knabe nicht anders handeln können, als mit den anderen Stiftungsratsmitgliedern gemeinsam abzustimmen. Es ist einleuchtend, aber es hat die SED-Opfer aufgeschreckt. Diese Äußerung könnte als Warn- und Hilferuf verstanden werden. Die Frage, was ist mit der CDU los, wo steht sie mittlerweile, bewegt nicht nur Dombrowski. Nicht wenige Opfer sagen inzwischen: Zu Zeiten der DDR wusste man als aufrechter Bürger, wer Freund und wer Feind ist. Das hat sich offenbar geändert. An eine Annäherung von der Partei von Adenauer und Kohl an die Linken möchte niemand wirklich glauben. Man weiß: Die SED-Opfer können außer der Annäherung an die Linken fast alles verzeihen. Das haben sie bewiesen. Die Haft und die Methoden des MfS haben viele, eigentlich alle, zermürbt, jede und jeder politische Häftling hat bitteres Lehrgeld bezahlt und ein erhebliches Stück Lebensqualität eingebüßt. Für die meisten war schon die Zeit vor der Festnahme und vielfach nach der Übersiedlung nicht einfach. Die Darstelllung des SED-Unrechts in der Gedenkstätte Hohenschönhausen war und ist daher wichtig, damit die Leiden nicht vergessen werden.

Im Ergebnis der Vorfälle ist davon auszugehen, dass Hubertus Knabe sein Amt als Gedenkstättendirektor nicht zurückbekommen wird. Die SED-Opfer bedauern das, sie sind Knabe zu Dank verpflichtet, er hat viel für die Aufarbeitung der SED-Diktatur getan. Die Gedenkstätte hat durch seine Tatkraft ein bedeutendes Renommee erhalten.

Sie muss und wird jedoch weiter existieren. Dafür werden die Betroffenen, voran die VOS, kämpfen. *ARK*

Suchanzeige

Ich habe von April bis August 1950, bin dort vom SMT verurteilt worden und nach Bautzen gekommen. In der Verurteilten-Zelle habe ich das Potsdam-Lied (nach der Melodie „Auf den Flügeln bunter Träume“) kennengelernt.
Heute kenne ich leider nur Bruchstücke davon:

Wir haben in Potsdam gesessen
Im Gefängnis des NKWD.
Wir haben geweint und gehungert
Und das Herz tat vor Sehnsucht uns weh
… Mauern stürzen, Gitter brechen

Der Text dazwischen fehlt mir. Das Lied endet dann.
Unser kostbarstes Gut soll immer die gold’ne Freiheit sein.

Wer kennt den ganzen Text dieses Liedes?

Dieter Rother

Meldungen bitte an die Bundesgeschäftsstelle der VOS oder an drothereff@t-online.de

Die Haft: Ein Zeitzeuge berichtet

1960: Als die Vernehmung begann, war es laut Vernehmungsprotokoll 8.15 Uhr. Ich war zu diesem Zeitpunkt über 19 Stunden auf den Beinen. Die ersten Worte meines Vernehmers waren: „Auf Sie warte ich schon ein paar Jahre“. Dann ging es rund. Stundenlang die gleichen Fragen: „Für wen arbeiten Sie, was wollten Sie in Westberlin, wie oft waren Sie in Westberlin, wer sind Ihre Auftraggeber?“ Immer wieder kam die große Müdigkeit über mich, ich konnte mich auf dem Schemel oft kaum noch halten. Wenn ich dann auf dem Schemel am Zusammensacken war, schrie er los: “Leuther, schlafen Sie nicht, reden Sie endlich, gestehen Sie!“

Aus **Horst Leuther:**
Verfolgt, verhaftet und bespitzelt
Eine Lebensgeschichte zwischen Widerstand und MfS-Kerkern.

Erschienen 2005 als Broschüre. Restexemplare für 7,50 Euro plus Porto. Zu beziehen über Bundesgeschäftsstelle der VOS.

Der Verfasser der Broschüre verstarb kurze Zeit nach der Veröffentlichung der Hafterinnerungen.

Bitte lesen Sie auf den nachfolgenden Seiten das Interview mit Frau Birgit Neumann-Becker, angehörige des Stiftungsrates.

Ich bitte aber auch darum, einen klaren Kopf zu behalten

Ein Gespräch mit Birgit Neumann-Becker, Mitglied des Stiftungsrates der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen über die Abberufung von Hubertus Knabe und die Zukunft dieser Einrichtung

Um die Unklarheiten zur Abberufung von Dr. Hubertus Knabe von seinem Amt als Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und als Vorstand des Stiftungsrates auszuräumen, fragte der Redakteur der Fg bei der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt, Frau Birgit Neumann-Becker wegen eines Interviews an, das kurzfristig gewährt wurde und nachstehend abgedruckt ist.

Das Interview führte der Redakteur.

Freiheitsglocke: Könnten Sie bitte einige Angaben zu Ihrer Person machen? Dies ist üblich, wenn wir jemanden, der nicht allen Leserinnen und Lesern bekannt ist, um ein Interview bitten. (DDR-Biografie, Zeit nach der Wiedervereinigung)

Birgit Neumann-Becker: Ich bin 1963 in Görlitz geboren und in der Niederschlesischen Oberlausitz in einer evangelischen Familie aufgewachsen. Ich gehörte zur Jungen Gemeinde, die mir den Freiraum für Gedanken- und Redefreiheit bot. Ich war froh, mit der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ den Zusammenhang von Politik und Glauben formulieren zu können und gehörte zur unabhängigen kirchlichen Friedensbewegung. Ab 1983 gehörte ich zur Gruppe „Frauen für den Frieden Halle“, die eine Zeit lang versuchte, unabhängig von der Kirche zu sein, dann aber unter dem Dach des Kirchenkreises aufgenommen wurde. Ich war zugleich auch in studentischen Friedensgruppen aktiv (ESG). Als Vikarin war ich 1988/89 in der halleschen Georgengemeinde, in der dann 1989 auch die Mahnwachen stattfanden. Dort habe ich im Oktober 1989 mit am Kontakttelefon geholfen. Ansonsten war ich im Herbst 1989 in Wittenberg im Predigerseminar, wo ich gemeinsam mit einigen Kolleginnen und Kollegen und Friedrich Schorlemmer die Gebete um Erneuerung in der Schlosskirche vorbereitet und durchgeführt habe.

1990 bin ich in meine Entsendungspfarrstelle in Magdeburg eingetreten, ab 1995 bin ich in der evangelischen Erwachsenenbildung tätig gewesen und ab 2009 als Kreisschulpfarrerin. Ich habe zusätzliche Qualifikationen als Erwachsenenbildnerin, Schriftpsychologin und Supervisorin (DGSv).

Historisch war es mir immer wichtig zu verstehen, wie die SED-Diktatur funktioniert hat und wie sie sich in den geschichtlichen Kontext einordnet. Als Pfarrerin und Beraterin ist es mir wichtig zu verstehen, wie tief kommunistische Diktatur in unseren menschlichen Seelenhaushalt und in die Familiengeschichten eingreifen sollte und eingegriffen hat, wie schwer Menschen verletzt und beeinträchtigt worden sind. Als Landesbeauftragte ist es mir wichtig, hier konkrete und wirksame Hilfen zu leisten.

Auch ich habe kennen gelernt, wie die Staatsmacht agierte: Vorladungen zur Polizei, an der Universität, körperliche Aggressionen durch Mitarbeiter der Staatssicherheit und Zersetzungsmaßnahmen haben auch mich betroffen. Ich bin sehr dankbar dafür, keine Haft erlebt haben zu müssen. Dennoch: wir haben häufig darüber geredet und haben uns vorbereitet. Die Einsicht in meine Stasi-Akte bestätigte, dass diese Sorge berechtigt war. Bei Anklageerhebung wären einige Jahre Haft möglich gewesen.

Freiheitsglocke: Wann haben Sie das erste Mal von der VOS gehört? Welche Bedeutung hat dieser Verband für Sie?

Birgit Neumann-Becker: Ich habe nach 1995 von der VOS gehört, als ich in der evangelischen Erwachsenenbildung mit der damaligen Landesbeauftragten kooperiert habe. Für mich ist die VOS ein Beispiel dafür, wie wichtig die Zusammenschlüsse und die Interessensvertretungen der Betroffenen sind.

Freiheitsglocke: Vor Ihnen war die Stelle der Landesbeauftragten mit Frau Ahrberg und danach durch Herrn Ruden besetzt. Beide haben, obwohl innerhalb unterschiedlicher Amtszeiten, gute Arbeit geleistet, die über die Grenzen von Sachsen-Anhalt hinauswirkten. Konnten Sie davon profitieren bzw. das fortsetzen?

Birgit Neumann-Becker: Nach dem Ausscheiden von Herrn Ruden war die Stelle leider 3 Jahre vakant. Dies hat mich als Mitglied einer Gruppe der Friedensbewegung sehr bedrückt. Aufarbeitung ist zu meinem Lebensthema geworden. Ich hatte meine Stasi-Akte bereits 1993 eingesehen und dort verstanden, wie tief die Staatssicherheit in unser Leben hineinagiert hat. Mit einer OPK und einem OV wurde ich über viele Jahre hin beobachtet und „bearbeitet“ und war politischen Zersetzungsmaßnahmen ausgesetzt. Ich wollte unbedingt verhindern, dass hier durch eine längere Nicht-Besetzung der Stelle die Aufarbeitung Schaden nimmt und dies möglicherweise zum Anlass genommen werden könnte, diese wichtige Tätigkeit einzuschränken.

Ich habe mich auf diese Stelle beworben, weil mir die Grausamkeit stalinistischer Verfolgung und die unerbittliche Härte des SED-Regimes bereits als Jugendliche vor Augen gestanden haben. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist mir ein persönliches Anliegen aus meiner Biografie heraus.

Freiheitsglocke: Der eigentliche Grund für dieses kurzfristig angesetzte Interview sind die Vorfälle in der Gedenkstätte für die MfS-Opfer, in deren Mittelpunkt der bisherige Direktor Hubertus Knabe steht. Wie sehr belastet Sie diese mittlerweile zur bundesweit kommentierten Affäre persönlich?

Birgit Neumann-Becker: Das ist eine wichtige Frage. Ich beantworte sie gerne von meiner Motivation her, mich in der Gedenkstättenstiftung Hohenschönhausen zu engagieren. Ich erlebe den Konflikt auch persönlich stark und unternehme alles, um sicherzustellen, dass die Gedenkstätte Hohenschönhausen ihren gesetzlichen Zweck erfüllen kann. Der Zweck der Stiftung ist im Stiftungsgesetz §2 (1) wie folgt formuliert: „Zweck der Stiftung ist es, in der Gedenkstätte, die zugleich die Funktion eines Dokumentation-und Begegnungszentrums hat, die Geschichte der Haftanstalt Hohenschönhausen in den Jahren 1945

bis 1989 zu erforschen, über Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung und Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Am Beispiel dieses Gefängnisses ist zugleich über das System der politischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik zu informieren. Die Stiftung soll das Land Berlin in allen einschlägigen Angelegenheiten beraten und unterstützen."

Mir ist es wichtig, dass dieser wichtige Zweck weiter erfüllt werden kann. Menschlich schwierig sind für mich alle Formen von Unterstellung und Gerüchten.
Es belastet mich auch, dass die sexuellen Belästigungen, die Herr Frauendorfer ja mittlerweile teilweise selbst eingeräumt hat, von einigen Menschen bagatellisiert oder beiseite gewischt werden. Ich verstehe eine solche Haltung nicht. Ich verstehe auch nicht, dass Dr. Knabe hier keine Verantwortung übernimmt.

Freiheitsglocke: Wie lange kennen Sie Herrn Knabe?
Birgit Neumann-Becker: Persönlich begegnet bin ich ihm vermutlich erstmalig im Januar 2014 im Rahmen einer Ausstellungseröffnung im Magdeburger Rathaus zum Thema „Gewalt hinter Gittern". Danach sind wir uns immer wieder in verschiedenen Zusammenhängen begegnet. Besonders in diesem Frühjahr bei einer Studienreise mit der Bundesstiftung Aufarbeitung nach Georgien. Vorher habe ich ihn über seine Publikationen kennengelernt.

Freiheitsglocke: Hubertus Knabe ist – zumindest bis zum 31. März 2019 – Direktor und Vorstand des Stiftungsrates? Für viele Außenstehende ist diese Konstellation nicht verständlich. Ließe sich das etwas näher erklären?
Birgit Neumann-Becker: Hubertus Knabe war bis zu seiner Abberufung am 25. November 2018 Direktor. Er war am 25. September 2018 fristgemäß zu Ende März 2019 gekündigt worden. Nach Abschluss der in diesem Kündigungsschreiben angekündigten Untersuchungen ist der Stiftungsrat jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass eine sofortige Abberufung notwendig ist.

Frage: Kann derjenige nach 17 Jahren nachweislich erfolgreicher Arbeit von seinem Amt entbunden werden, ohne dass das, wie wir es nun erleben, emotional bewertet wird?
Birgit Neumann-Becker: Ich verstehe die emotionale Belastung insbesondere bei denen, die befürchten, dass hier in die Arbeit der Gedenkstätte und die Wirksamkeit der Zeitzeugen eingegriffen würde oder werden könnte. Deshalb halte ich hier auch alle Beiträge für wichtig, weil sie genau dieses Interesse signalisieren. Das Dilemma besteht für alle Beteiligten darin, dass Personalangelegenheiten immer besonderer Schutzwürdigkeit unterliegen und deshalb auch kaum öffentlich begründet oder gar entschieden werden können. Hier kommt noch dazu, dass nicht nur die Interessen von Herrn Dr. Knabe und von Herrn Frauendorfer schutzwürdig sind, sondern auch die Interessen der Betroffenen, der sexuell belästigten Frauen.

Durch die Handlungen von Herrn Frauendorfer und das Dulden und Unterlassen von Herrn Dr. Knabe sind Frauen zu Opfern geworden, die der Aufarbeitung von SED-Unrecht verpflichtet sind. Es ist eine staatliche Aufgabe, den Schutz der Mitarbeiterinnen sicherzustellen. Und: sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt war immer auch Teil von Diktaturen und politischer Gewalt. Solche Vorgänge dürfen sich in Gedenkstätten nicht wiederholen oder gar etablieren!

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) schreibt vor: „Werden sexuelle Belästigungen bekannt, muss gehandelt werden: Denkbar sind Abmahnung, Umsetzung, Versetzung oder Kündigung" § 12 Abs. 3 AGG. Die Entscheidung hat so fallen müssen, weil AGG und Arbeitsrecht nicht verhandelbar sind.
Das Ganze ist vom Stiftungsrat als so massiv und miteinander verstrickt eingeschätzt worden, dass es nicht erklärbar gewesen wäre, den Stellvertreter Frauendorfer zu kündigen, aber seinen Chef im Amt zu belassen, der nicht in der Lage war, die Ernsthaftigkeit und Tiefe des Problems zu erkennen. Offenbar bis jetzt noch nicht.

Freiheitsglocke: Nochmal zum Stiftungsrat. Als Außenstehender weiß man, dass ihm fünf Personen angehören. Könnten Sie uns diese nennen und erklären, aufgrund welcher Mechanismen die Einzelnen in das Gremium delegiert wurden?
Birgit Neumann-Becker: Das Stiftungsgesetz sieht in §4 drei verschiedene Organe vor. Das sind der Stiftungsrat, der Vorstand und der (wissenschaftliche) Beirat. Die Zusammensetzung und Aufgaben aller Organe sind im Stiftungsgesetz geregelt. Der Stiftungsrat (§5 Stiftungsgesetz) besteht aus 5 Mitgliedern. Ihm gehören an: 1. das für kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Senats (Dr. Lederer), 2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz (Staatssekretärin Gerlach), 3. eine Vertreterin oder ein Vertreter des für Angelegenheiten der Kultur zuständigen Mitglieds der Bundesregierung (Frau Bering), 4. die oder der Vorsitzende des Beirats

(Herr Dombrowski), 5. ein weiteres Mitglied des Beirats (Birgit Neumann- Becker).

Im Gesetz ist auch geregelt, welche Aufgaben dieses Gremium wahrzunehmen hat. In dem hier bearbeiteten Fragenkreis geht es auch um die Personalverantwortung.

Freiheitsglocke: Demnach sind drei der Mitglieder in der Union, mit Herrn Lederer als Senator ist ein Angehöriger der Linken dabei, und Sie sind parteineutral in diesem Rat?

Birgit Neumann-Becker: Die Parteimitgliedschaften von Herrn Dombrowski und Herrn Lederer sind bekannt. Frau Staatssekretärin Gerlach war von 2011 bis 2016 Präsidentin des Amtsgerichts Pankow/ Weißensee. Ich bin als Landesbeauftragte in den Beirat berufen worden und in meiner Funktion parteipolitisch neutral.

Frage: Wäre es nicht denkbar gewesen, ein ehemaliges Haftopfer in den Stiftungsrat zu nehmen?

Birgit Neumann-Becker: Herr Dombrowski ist als ehemaliges Haft-Opfer und Vorsitzender der UOKG hier eine ganz wichtige Stimme und nimmt seine Funktion klar wahr. Ich agiere als Landesbeauftragte im Beirat und im Stiftungsrat mit meinen Erfahrungen aus Gedenkstättenarbeit, Pädagogik, Bildungs- und Beratungsarbeit sowie als Interessenvertreterin von SED-Verfolgten. Mir ist es sehr wichtig, dass die Perspektive der Opfer sowohl in der Gestaltung der Gedenkstätte, wie in der Führungsarbeit und in der Dokumentation eine große Rolle spielt.

Freiheitsglocke: Herr Dombrowski ist sicherlich kompetent und bekannt, aber er hat als UOKG-Vorsitzender ja bereits ein wichtiges Amt, das, wie sich nicht jetzt erst herausstellt, nicht leicht zu führen ist. Um es deutlicher zu sagen: Die VOS, die jetzt 69 Jahre existiert, hätte durchaus auch einen Vertreter entsenden können.

Birgit Neumann-Becker: Sehr geehrter Herr Richter, nach dem Rücktritt von Herrn Jörg Kürschner als stellvertretender Beiratsvorsitzenden war es uns/ mir wichtig, dass hier ein ehemaliges Haftopfer neu nachberufen wird. Dies ist mit Herrn Mario Röllig auch geschehen. Ob es eine Quotierung nach Verbänden gibt, ist mir nicht bekannt. **Ich fände es wünschenswert, dass sich die VOS hier engagiert**.

Freiheitsglocke: Auch was Herrn Lederer betrifft, sind von den betroffenen Opfern nicht wenige skeptisch, ob er das Amt aufgrund seiner Parteizugehörigkeit engagiert genug ausführen kann. Das mag mit ihm als Person nicht mal etwas zu tun haben. Ist Herr Lederer als Linken-Politiker ausgerechnet für dieses Amt geeignet?

Birgit Neumann-Becker: Die Personalauswahl der Senatorinnen und Senatoren des Landes Berlin erfolgt im Zusammenhang der Regierungsbildung. Das bedeutet, dass hier das Berliner Wahlergebnis umgesetzt wird.

Freiheitsglocke: Daneben gibt es den Beirat zur Stiftung. Wie konstituiert er sich, welche Aufgaben und welche Bedeutung hat er?

Birgit Neumann-Becker: Der Beirat wird vom Vorsitzenden des Stiftungsrates gemeinsam mit BKM für die Dauer von 3 Jahren berufen. Er hat die Aufgabe, „den Stiftungsrat sowie den Vorstand in allen inhaltlichen und gestalterischen Fragen“ zu beraten (§7). Dies hat er auch im Oktober getan und intensiv selbst und durch einzelne Mitglieder konkret fachliche Verantwortung übernommen.

Freiheitsglocke: Aufgrund der Vorfälle, zu denen wir gleich noch kommen, haben drei Frauen – auch SED-Opfer – den Beirat verlassen. Es heißt (bzw. erklärten sie das öffentlich), sie waren vordem nicht hinzugezogen worden, als man Knabes Suspendierung beschloss. Und damit einverstanden waren sie auch nicht. Wird hier durch den Stiftungsrat zu viel hinter verschlossenen Türen verhandelt?

Birgit Neumann-Becker: Die Aufgaben dieser drei Gremien sind klar voneinander getrennt: der Beirat hat keine Personalverantwortung, sondern berät inhaltlich und gestalterisch. Deshalb hat er sich im Oktober auch nicht zur Personalentscheidung geäußert. Er trägt dafür keine Verantwortung. Es war nicht möglich, vor einer Entscheidung – wie auch immer sie ausfällt – den Beirat einzubeziehen. Im Übrigen: nachdem durch Herrn Dr. Knabe die Sondersitzung des Stiftungsrates, dem er nicht angehört, im September publik gemacht worden ist, ist auch kein Beiratsmitglied auf mich zu gekommen. Ich habe im direkten Nachgang – auch auf Nachfrage - mit verschiedenen Beiratsmitgliedern ausführlich kommuniziert. Dazu zählen auch Frau Bohley und Frau Klier.

Freiheitsglocke: Die Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke sind fast geschlossen mit der Suspendierung Knabes nicht einverstanden. Für sie ist die Gedenkstätte ein Anker. Dies gilt für ihr Leben und für den Nachweis der Bitternis ihrer Schicksale. Ganz sicher werden Sie das verstehen. Die Frage ist jedoch, können die anderen Angehörigen des Stiftungsrates das verstehen oder ist beispielsweise Frau Grütters nicht viel zu weit entfernt von den geschichtlichen Vorgängen?

Birgit Neumann-Becker: Ich kann die Verunsicherung sehr gut verstehen, die durch die Kündigungen von Herrn Frauendorfer und Herrn Dr. Knabe-Bucher entstanden sind. Aber: die Gedenkstätte bleibt. Der Anker für die Verfolgten ist da und wird vom Träger – dem Land Berlin – nicht in Frage gestellt! Ich möchte alle ermutigen, hier konstruktiv mitzutun und die weiteren Schritte und Entscheidungen wach und konstruktiv-kritisch zu begleiten! Unsere Aufgabe ist es doch jetzt, für Stabilität zu sorgen!

Sie wissen, dass ich in meiner Behörde direkt mit politischen Häftlingen und ehemaligen Heimkindern zu tun habe. Diese Menschen haben den Missbrauch staatlicher Macht erlebt und sind hier sehr sensibel. Sie dürfen aber bitte nicht vergessen, dass der Stiftungsrat auf den Missbrauch von Macht durch den stellvertretenden Vorstand Herrn Frauendorfer reagiert hat. Durch die Information der betroffenen Frauen an den Träger der Gedenkstätte und durch daraufhin geführte Gespräche ist deutlich geworden, dass Herr Frauendorfer seine verantwortliche Position ausgenutzt hat und junge Frauen, die in zeitlich befristeten Verträgen und Abhängigkeitsverhältnissen waren, sexuell belästigt hat. Dem Direktor der Gedenkstätte

Dr. Hubertus Knabe war dieser Umstand bekannt, und es gab dazu bereits eine mehrjährige Vorgeschichte, in der der Senat Vorkehrungen getroffen hatte, um Praktikantinnen und Volontärinnen zu schützen.

Mir geht es darum, dass in einer Gedenkstätte, die der Aufarbeitung der SED-Diktatur dient, kein Missbrauch persönlicher Macht ausgeübt werden darf. Ich bin bestürzt, dass bei Aufarbeitung von Gewalt und Unrecht sich in der Gedenkstätte Hohenschönhausen über Jahre eine solche Situation der sexuellen Belästigung etablieren konnte. Und ich bin auch bestürzt über die Aggression gegenüber den Frauen, die dies im Sommer offen gemacht haben. Wir haben im Stiftungsrat die Berichte der Frauen gelesen und sind umfassend über die Gespräche mit ihnen informiert worden. Anfangs wurde unterstellt, dass sie sich mit Anonymität schützen und den beiden Männern schaden wollten. Das halte ich für einen unangebrachten Vorwurf. Die Frauen sind namentlich bekannt, sie haben den schweren Schritt getan, und bekannt gemacht, dass sie Opfer sexueller Belästigung geworden sind: In Deutschlands größter und wichtigster Gedenkstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Für mich besteht darin der Skandal! Kann mir bitte jemand erklären, warum hier der Chef und sein Vize agiert haben, wie sie agiert haben? Ich erwarte, dass sie Verantwortung übernehmen. Der Stiftungsrat hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Direktor und sein Stellvertreter den Ernst der Lage nicht verstanden haben, die Würde junger Mitarbeiterinnen für antastbar hielten und sich zum Maß der Dinge erhoben haben.

Zum Vergleich: in Sachsen-Anhalt wurde eine Staatssekretärin in dieser Legislaturperiode u. a. nach wenigen Monaten (!) im Amt wegen sexueller Belästigung entlassen, weil sie ihren Kolleginnen gegenüber anzügliche Bemerkungen zur Statur ihres Fahrers (ehemaliger Sportler) gemacht hatte. Und: Eine Kassiererin wurde gekündigt (vom Arbeitsgericht bestätigt), nachdem sie einen Pfand-Bon unterschlagen hatte. Wegen Untreue. Alle diese Maßstäbe gelten auch für die Chefs von Aufarbeitungseinrichtungen. Anderenfalls würden sich doch Aufsichtsorgane den Vorwurf machen lassen müssen, dass man mit denen „Oben“ milder verfährt, als mit denen „unten“. Könnte es sein, dass hier durch den Vorwurf, Herr Dr. Knabe sollte als politischer Gegner „vernichtet“ werden (welche Sprache!), die Relationen aus dem Blick verloren gegangen sind? Auf welche Argumente stützt sich denn diese Behauptung? Ich sehe keine belastbaren Argumente dafür!

Der Auslöser für die Entscheidung des Stiftungsrates liegt im Handeln und in den Unterlassungen des Vorstandes und seines Stellvertreters. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es möglich gewesen wäre, nach diesen gravierenden Vorgängen, in denen durch die Gedenkstättenleitung die Würde mehrerer junger Frauen verletzt worden ist und damit der Gedenkstätte und der Aufarbeitung insgesamt schwerster Schaden zugefügt wurde, hier zur Tagesordnung überzugehen sein könnte. Wie hätten wir das diesen – nun jüngsten Opfern in Hohenschönhausen – erklären sollen?

Freiheitsglocke: Nun zu den Folgen. Es hat Übergriffe, egal welcher Art, gegeben. Niemand stellt in Abrede, dass das nicht mal ansatzweise vorkommen darf. Ebenso wenig wird in Abrede gestellt, dass die Mitarbeiterinnen Herrn Knabe anvertraut sind und er entsprechenden Hinweisen und Beschwerden umgehend nachzugehen hatte. Hierzu gibt es offensichtlich unterschiedliche Auslegungen?

Birgit Neumann-Becker: Bei der Abberufung von Herrn Frauendorfer und in der Folge von Herrn Dr. Knabe geht es im Grunde um Probleme der Leitungs- und Führungsarbeit. Mit der Senatsverwaltung und im Stiftungsrat ist dies schon länger Thema gewesen. Herr Dr. Knabe war aufgefordert worden, hier Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist nicht geschehen. Meine persönliche Vermutung ist, dass er die Tragweite des Problems nicht verstanden hat. Dies finde ich bestürzend, weil aus meiner Sicht der langjährige Leiter einer so wichtigen Einrichtung, die sich dem Auftrag widmet, menschenrechtliche Aufklärungsarbeit zu leisten, an diesem Punkt einen blinden Fleck zu haben scheint. Dies bestätigt auch die Erklärung von Besucherreferentinnen und Besucherreferenten vom 27. November 2018, die ich sehr bedeutsam finde.

Freiheitsglocke: Ist vom Stiftungsrat geklärt worden, warum die Gleichstellungsbeauftrage des Senats nicht rechtzeitig aktiv geworden ist?

Birgit Neumann-Becker: Die Kulturverwaltung ist aktiv geworden und hat in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen getroffen, um Volontärinnen und Praktikantinnen zu schützen, bis hin zur Entscheidung, eine Volontärin zurückzuholen und später keine Praktikantinnen mehr einzusetzen. Dies ist an sich schon eine skurrile Sondersituation. Herr Dr. Knabe war einbezogen und informiert.

Freiheitsglocke: Man muss sich darüber im Klaren sein, dass im Falle einer Klage durch Herrn Knabe auf Rücknahme der Kündigung das Gericht bzw. die Staatsanwaltschaft die Abläufe genau überprüfen wird. Soll heißen, hat Herr Knabe eine formgerechte Abmahnung erhalten, innerhalb dieser ihm im Wiederholungsfall bzw. bei Nichtabstellen der Verstöße die Kündigung ausdrücklich und in Schriftform angedroht worden ist? Ansonsten wäre die Kündigung juristisch anfechtbar.

Birgit Neumann-Becker: Zu dieser arbeitsrechtlichen Frage ist lange diskutiert worden. Da Herr Dr. Hubertus Knabe Vorstand und nicht normaler Arbeitnehmer ist, gelten hier die vom Stiftungsrat angewandten Regeln.

Freiheitsglocke: Die andere Frage, wäre eine einvernehmliche Lösung – Knabe erhält eine (strenge) Verwarnung und kann bleiben – nicht doch denkbar gewesen?

Birgit Neumann-Becker: Wie bereits geschildert, sind die Belästigungsvorwürfe gegen Herrn Frauendorfer Herrn Dr. Knabe lange Jahre bekannt gewesen. Es ist mir persönlich völlig schleierhaft, zu welchem Zwecke er u. a. die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat, da es ja – zum Schutze der ihm anvertrauten Mitarbeiterinnen - nicht darum gehen konnte, herauszufinden, wer belästigt wurde, sondern wer der Belästiger war. Den Belästiger wollte er offensichtlich gar nicht ausfindig machen.

Und es bestürzt mich sehr, nun im Nachhinein von Mitarbeitenden der Gedenkstätte und von Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Aufarbeitung darauf angesprochen zu werden. Der Tenor: es war doch allen klar, dass Herr Frauendorfer junge Frauen belästigt habe. Häufig seien Praktikantinnen bei Dienstantritt vor ihm gewarnt worden! Es bestürzt mich, weil sich hier offenbar auf der Leitungsebene eine Form von sexuellem Machtmissbrauch ganz ungestört etablieren konnte, und es bestürzt mich, dass in einer Einrichtung, die der Aufarbeitung verpflichtet ist, offenbar keine Gesprächskultur etabliert war, die die Unterbindung ermöglicht hätte!

Wo ist denn das Erbe politischer Widerständigkeit und friedlicher Revolution, wenn es nicht dazu führt, Missstände im eigenen Arbeitsbereich anzusprechen. Aus meiner Sicht ist allein durch dieses Versäumnis der Gedenkstätte und dem Ansehen der Aufarbeitung insgesamt ein sehr großer moralischer Schaden entstanden.

Ich nehme das für mich zum Anlass, dies tiefgründig aufzuarbeiten. Wir müssen besser verstehen, wie die Mechanismen funktioniert haben und wie wir hier präventiv wirken können.

Freiheitsglocke: Sind Herrn Knabe weitere Versäumnisse vorzuwerfen gewesen?

Birgit Neumann-Becker: Die vorläufige Kündigung im September zum 31. März 2019 ist unter Bezug auf weitergehende Ermittlungen in der Gedenkstätte ausgesprochen worden. Diese Ermittlungen sind nun Ende November beendet worden. Hier wurden durch den Stiftungsrat Berichte des zwischenzeitlich eingesetzten Verwaltungsleiters, Informationen der den Senat beratenden Anwältin, der Senatsverwaltung und der Bericht von Frau Birthler zugrunde gelegt. Die Ergebnisse haben den Stiftungsrat dazu veranlasst, die Kündigung zum sofortigen Zeitpunkt auszusprechen. Damit hat der Stiftungsrat seine Verantwortung wahrgenommen, um den Zweck der Stiftung zu erfüllen und Schaden von ihr abzuwenden.

Freiheitsglocke: Es geht, wie Sie sicher wissen, auch ein Gerücht um, das das Verhältnis zwischen Herrn Knabe und Herrn Lederer zum Inhalt hat: Gibt es tatsächlich Anzeichen für eine gespannte Beziehung zwischen den beiden und anderen Mitgliedern im Stiftungsrat?

Birgit Neumann-Becker: Ich möchte Gerüchte nicht kommentieren. In einem Gremium wie dem Stiftungsrat hat jeder seine Aufgabe zu erfüllen. Herr Dr. Lederer hat als Senator für Kultur des Landes Berlin hier qua Amt und aus der Geschichte der Partei „Die Linke“, der er angehört, als direkte Nachfolgepartei der SED, eine besondere Verantwortung.

Freiheitsglocke: Möchten Sie – Sie müssen nicht – etwas zur Einstellung von Herrn Lederer gegenüber den SED-Opfern sagen? Ist es ein Nachteil, dass er der Linken angehört?

Birgit Neumann-Becker: Natürlich ist es für SED-Verfolgte, und hier schließe ich mich ausdrücklich ein, eine grundsätzlich schwierige Konstellation, wenn ein Vertreter der Nachfolgepartei der SED, Verantwortung für Aufarbeitung der SED-Diktatur übernimmt. Ich habe Herrn Dr. Lederer in der Zusammenarbeit im Stiftungsrat als ausgesprochen wach und sensibel für die Belange SED-Verfolgter wahrgenommen. Es ist wichtig zu wissen, dass er im Einzelnen ja nicht für die konkreten Inhalte zuständig ist, sondern dafür, dass die Gedenkstätte ihren gesetzlich vorgeschriebenen Zweck erfüllt – nämlich Aufarbeitung und Dokumentation – und dort dafür alle gesetzlich notwendigen Voraussetzungen geschaffen bzw. eingehalten werden. Dazu gehören auch die tariflichen Bezahlungen der Mitarbeitenden, die erst kürzlich eingeführt worden sind.

Insofern erlebe ich im Beirat und Stiftungsrat, dass Herr Dr. Lederer hier innerhalb des Auftrags agiert.

Um es noch einmal anders auszudrücken: die Entscheidung zur Kündigung für Herrn Frauendorfer und Herrn Dr. Knabe sind der Fürsorgepflicht für die Mitarbeitenden geschuldet. Eine Gedenkstätte hat sich innerhalb des allgemein geltenden Arbeitsrechts zu bewegen. Dafür ist der Direktor verantwortlich. Eine politische Entscheidung war das nicht.

Freiheitsglocke: Die Darstellung des Konflikts hat sehr unter der mangelnden bzw. zu späten Berichterstattung zu den Vorfällen gelitten. Sicherlich ist man in Berlin oder Magdeburg näher am Geschehen. In NRW oder Bremen bekam man wenig mit. Hätte nicht eine offizielle Verlautbarung zur rechtzeitigen Klärung oder wenigstens zur Information beitragen können?

Birgit Neumann-Becker: Das grundsätzliche Problem an dieser Konstellation ist, dass es sich um Personalentscheidungen handelt, deren Hintergründe aus Persönlichkeitsschutzrechten eben kaum kommuniziert werden können.

Freiheitsglocke: Viele SED-Opfer sind emotional hochgefahren. Das wird auch nicht ohne weiteres abebben. Hat außer Ihnen noch jemand aus dem Stiftungsrat Verständnis dafür?

Birgit Neumann-Becker: Noch einmal: Ich habe viel Verständnis für die Verunsicherung. Ich bitte aber auch darum, klaren Kopf zu behalten und zu berücksichtigen, dass diese Entscheidung in einem Gremium gefallen ist (also keine Einzelentscheidung war), dass alle Gremienmitglieder umfassend informiert waren und dass nach tiefgreifender Information auch der Beirat und auch die Besucherreferentinnen und Besucherreferenten diese Entscheidung mittragen.

Dr. Knabe hat einen großen Verdienst für die Gedenkstätte und ihre Ausstrahlung. Zugleich gab es aber zwingende Gründe für unsere Entscheidung der Abberufung. Mir ist es wichtig, dass diese beiden Aspekte voneinander getrennt werden, damit ein respektvoller Umgang miteinander möglich bleibt.

Freiheitsglocke: Mittlerweile ist Frau Birthler kommissarisch eingesetzt. Es gibt ein Rundschreiben des Stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Arnold Vaatz, in dem Frau Birthler nun auch gleich falsche Angaben und Fehler angeheftet werden. Beispielsweise habe, so Herr Vaatz, Frau Birthler 40 Mitarbeiterinnen- Gespräche geführt, es gibt aber nur 20. Sollte man Frau Birthler nicht besser aus der Schusslinie holen und nicht wenigstens jetzt das an sich zuständige Gleichstellungsamt des Senats einsetzen?

Birgit Neumann-Becker: Frau Birthler ist als Vertrauensperson eingesetzt und führt viele Gespräche. Die Verwirrung über die Anzahl der Gespräche kann ich ad hoc nicht auflösen. Sie ist aber als Ansprechpartnerin, nicht als „Ermittlerin“ in der Gedenkstätte. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sie diese Aufgabe mit Wachheit, Engagement, ihrer Erfahrung und Ruhe wahrnimmt.

Freiheitsglocke: Wenn man voraus schaut, so wird eine Rückkehr für Herrn Knabe eher unwahrscheinlich. Selbst wenn er sich zurückklagen sollte, bleibt sein Ruf beschädigt. Kann die Gedenkstätte nun trotzdem ihr Gesicht und ihre Wichtigkeit behalten?
Birgit Neumann-Becker: Die Ausstrahlung der Gedenkstätte ist nicht an die Person Dr. Knabes gebunden. In der Gedenkstätte Hohenschönhausen wird an die Opfer kommunistischer Diktatur erinnert! Dies ist die Grundlage der weiteren Arbeit. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen wird ein wichtiger Ort für Dokumentation und Information bleiben und mit einer neuen Direktorin/einem neuen Direktor weiterarbeiten.

Freiheitsglocke: Fragen muss man ja auch, was wird grundsätzlich. Wer wird die Gedenkstätte langfristig leiten? Haben die Opfer zumindest ein Vorschlagsrecht oder müssen sie sich im Endeffekt mit einem „verdienstvollen“ Frühpensionär abfinden?
Birgit Neumann-Becker: Die Entscheidung über die Besetzung des Direktors/ der Direktorin wird nach einem festgelegten Verfahren geführt. Die Stelle wird ausgeschrieben, es wird eine Findungskommission geben, Senator Dr. Lederer hat angekündigt, das Verfahren an BKM abzugeben und sich persönlich vertreten zu lassen.

Mir ist es wichtig, eine Person zu finden, die dem Ort Hohenschönhausen und den damit verbundenen vielfältigen Aufgaben gerecht werden kann.

Freiheitsglocke: Wir haben in diesem Gespräch nun sicher vieles geklärt und erklärt. Es ist trotzdem nicht ausgeschlossen, dass es weiter Proteste geben wird und die SED-Opfer von Knabes Schuld nicht überzeugt sind. Es soll hier keine Angst gemacht werden, aber angekündigt wurden auch schon Mahnwachen.
Birgit Neumann-Becker: Ich stehe persönlich jederzeit für Gespräche zur Verfügung.

Freiheitsglocke: Abschließend ein persönliches Fazit des Redakteurs: Die Opfer sind im Wesentlichen in der Generation der 60- bis 70-Jährigen angelangt. Unübersehbar hat das Interesse seitens der Politik an ihnen nachgelassen, was sich auch in abnehmenden sozialen Leistungen ausdrückt. Ihr Wunsch, ihre Forderung ist nun, dass wenigstens das Erlebte angemessen weitergegeben wird. Wenn jetzt in der Gedenkstätte erneut keine ihrem Anliegen entsprechende Person eingesetzt wird, bleibt der Staffelstab liegen. Die Frage lautet: Warum holt man nicht auch junge Leute, die engagiert und aufgeschlossen sind?
Birgit Neumann-Becker: Aktuell wird über die Verlängerung und Verbesserung der SED- Unrechtsbereinigungsgesetze gesprochen. Der Bundesrat ist hier aktiv geworden, die Bundesregierung muss hier einen entsprechenden Entwurf einbringen. Die Landesbeauftragten engagieren sich. Die Problematik der sozialen Lage SED-Verfolgter und der enormen gesundheitlichen Folgeschäden beschäftigt mich sehr. Das sehen Sie an meiner Arbeit als Landesbeauftragte und den Schwerpunkten, an denen ich arbeite.

Es gibt tolle jüngere Mitarbeitende, die sich gut in die Situation der Diktatur-Opfer hineinversetzen können und sehr gute Arbeit und Hilfe leisten. Auch deshalb und noch einmal: Diese jungen Menschen müssen anständig und respektvoll behandelt werden. Das war das Problem in Hohenschönhausen.

Für mich gibt es keine Toleranz bei sexueller Belästigung, sie war immer auch ein Mittel der Diktatur – und darüber sollte in Hohenschönhausen eigentlich aufgeklärt werden! Sexuelle Belästigung ist entwürdigend und stellt einen Machtmissbrauch dar. Das kann in unserer Gesellschaft sowieso und im Rahmen von Aufarbeitung und in einer Gedenkstätte besonders nicht geduldet werden.

Sehr geehrte Frau Neumann-Becker, ich danke Ihnen im Namen der Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke und der VOS-Mitglieder für das aufschlussreiche Interview, vor allem auch für Beantwortung der vielen (!) Fragen innerhalb so kurzer Zeit.

Stellungnahme der freien MitarbeiterInnen der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hhs zur Abberufung Dr. Hubertus Knabes

Wir, die unterzeichnenden freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ZeitzeugInnen und HistorikerInnen, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, möchten angesichts der jüngsten Entwicklungen noch einmal ausdrücklich betonen, dass wir hinter dem Beschluss des Stiftungsrates stehen, den bisherigen Vorstand der Gedenkstätte, Herrn Dr. Hubertus Knabe, mit sofortiger Wirkung abzuberufen. Wir halten diesen Schritt angesichts der Sachlage für notwendig.
Wir möchten all jenen Frauen unsere Hochachtung aussprechen, die ungeachtet möglicher Folgen für ihren weiteren Berufsweg, inkognito – nicht anonym – die Übergriffe durch den Vizedirektor gegenüber den zuständigen Gremien bekannt gemacht haben.
Wir sind betroffen angesichts des jüngsten Auftretens des abberufenen ehemaligen Direktors der Gedenkstätte, der damit dem Ansehen dieses Ortes des Erinnerns und Lernens weiteren schweren Schaden zugefügt hat.
Wir weisen auch den in den letzten Monaten von den Medien verbreiteten Eindruck zurück, unter den festen und freien MitarbeiterInnen herrsche eine starke "Rechtslastigkeit" vor. Vielmehr bildet sich das gesamte politische Meinungsspektrum dieses Landes in ähnlicher prozentualer Verteilung auch unter den MitarbeiterInnen ab, und es besteht Einigkeit darüber, dass die persönliche parteipolitische Meinung in der Referententätigkeit keine Rolle zu spielen hat. Wir wünschen uns für die Zukunft einen Kulturwandel in der MitarbeiterInnenführung, eine substanzielle Anerkennung und Wertschätzung der Leistung jeder und jedes Einzelnen, eine wissenschaftliche Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit unter Mitwirkung der ZeitzeugInnen und HistorikerInnen und eine pluralistische Gedenkstätte, in der unterschiedliche Herangehensweisen Raum haben.

Die vorstehende Stellungnahme wurde in dem vorstehenden Interview angesprochen. Sie wurde von 41 Personen unterzeichnet. Die Namen wurden aus Platzgründen nicht aufgeführt.

Diesen Arbeiter- und Bauernstaat wollte ich nicht mehr ertragen

Die Erinnerung ist oft schmerzlich, und doch bleibt sie gerade für die Opfer unverzichtbar

Angeregt und aufgewühlt von den Schilderungen Rainer Dellmuths in der vorigen Fg unter der Rubrik „Häftlingsschicksal“ machte uns Jürgen Kurt Wenzel auf seine im Internetauftritt des MDR veröffentlichten Beitrag über sein Leben und sein Haftschicksal aufmerksam und bat, dies den Fg-Lesern publik zu machen, was nunmehr nachstehend geschieht.

Die erste Erfahrung.

Auf dem Bett liegen ist verboten. Angst. Ständig das Belauern durch den Spion. Ich schlafe vor Angst schlotternd auf dem derben Holzschemel ein. Es riecht nach Chlor aus diesem Kübel.

Durst?

Kein Wasser. Der Stragula- Fußboden riecht nach Bohnerwachs. Jähes Erschrecken. Knallend fliegen die Riegel der Tür zurück. Gefangener raus treten zum Verhör. Ich hatte keinen Namen?

Mit schlotternden Knien auf dem Gang mit den vielen Riegeln an den Türen. Treppen, Netzen wie im Zirkus zwischen den Etagen. Marsch. „Gehn Se“. Ich bin noch ein Kind. "Hier haben Se keine Rechte. Gehnse. Gehnse!"

Verhör.

Grelles Licht. Ein Stuhl. Setzen. Drohungen. "Gesteh', dann kannste nach Hause.“

Drohungen, Angst.

Ich gestehe, ich will zu meinem Vati nach Westberlin, ich will Seemann werden. Immer wieder hinter dem grellen Licht, Klassenfeind, Bonner Ultras, Weltkrieg, Sozialismus. Ich mag nichts mehr hören, ich habe Hunger, Durst, ich bin müde. Ich will zu meiner Mama. Ich möchte mich ankuscheln und weinen. Großvater!

Ich bin aber auch trotzig. Es geht so eine Weile, Tage, Wochen. Dann wieder das Knallen der Riegel. Raustreten, Sachen packen.

Transport.

Ein Haufen Jammergestalten auf dem Bahnsteig. „Grotewohl- Express“, sagte rechthaberisch so ein tätowierter Typ. Er hatte wohl Erfahrung. Stunden, Tage. Halberstadt. Irgend so ein Gerede von Bewährung. Stiefvater, der verdienter Genosse sei, der Mutter ... Zu Hause?

Diesen Staat wollte ich nicht mehr ertragen.

Zurückmelden in der Konsumbäckerei. Kadergespräch. Bewähren. Klassenfeind. Ich konnte die Gummiknüppel in der Kaiwitzstraße nicht vergessen. Diesen Arbeiter und Bauernstaat wollte ich garantiert nicht mehr ertragen. Seefahrt, Amerika, Freiheit.

Träume.

Ein paar Wochen danach war ich mit einem Bekannten auf dem Weg zur grünen Grenze. Der macht beim Anmarsch in jener mondhellen Nacht auf dem Acker kehrt.

Angst? Hundegekläff.

Nun, auch dieser Versuch schlug dank des heroischen Klassenbewusstseins eines zivilen Grenzaufklärers fehl. U-Haft. Unbelehrbar. Na, ja die Tante war schuld. Der Klassenfeind. Sieben Monate Gefängnis.

Wieder dieser Grotewohl- Express. Tagelanger Transport. Kein Zeitgefühl. Hunger, Durst, Drohungen. Aussteigen auf den Gefängnishof. Düsteres Gemäuer, mit zum Hof durch Blenden verunzierte Gitterfenster. Blasse Kindergesichter, die aus der grünen Minna torkelten.

„Antreten! Rechts um Marsch!“

Das sollte ich viele Monate hören. Die schneidigen uniformierten Gestalten der Bewacher. Nazigesichter, in der Staatsbürgerkunde schon mal gesehen.

Eigentlich hatte ich mir so die Nazis vorgestellt, nur das Hakenkreuz war durch Hammer und Sichel ersetzt. Dieser Befehlston. Keine Rechte, nur Pflichten, Wiedergutmachung durch Arbeit und Gehorsam. Zwangsarbeit – bei Kindern?

Haftanstalt Luckau: Zwangsarbeit, "Erziehung", Prügel.

Zugangszelle. Der Herzschlag wird ruhiger. Effektenempfang. Ein Langstrafer verteilt die Sachen. Unwirsch, wie einem Hunde vorgeworfen. Hast.

Privatsachen abgeben. Nichts bis auf ein Bild von Großvater bleibt mir. Abgetragene Armeeklamotten, Turnsachen, Tagesuniform (altes Blauzeug mit gelben Streifen an Hose und Jacke), Käppi, Unterwäsche, Taschentuch, Handtücher, Arbeitsdrillich und der obligate, wohl noch von der Wehrmacht stammende, Zahnstein. Zuweisen auf die Erziehungsgruppen, die Zellen in diesem uralten Gemäuer mit der hohen Mauer und dem vorgelagerten Schlammgraben, wie erzählt wurde.

Luckau. Empfang durch den Zellenältesten. Strafgefangener mit besonderen Rechten, meist vorbestraft wegen Körperverletzung, Diebstahl etc.

Einteilen zur Arbeit. Es ging im Zweischichtsystem mit dem Bus in die Schraubenfabrik Finsterwalde. Uralte Stanzmaschinen. Wieder das Vergattern. Normerfüllung, Wiedergutmachung, wird hier die Norm nicht erfüllt, müssen alle leiden: Freizeitentzug, etc.

Die Zellenältesten sorgen schon dafür, dass alles klappt. Sonst "Blinde Kuh". Nachts wird den Armen der Schlafanzug über den Kopf gezogen und drauf geprügelt. Irgendwann schafft dann jeder die Norm.

Nach der Arbeit antreten im Karree. Oftmals stundenlanges Marschieren bei Wind und Wetter und Maskenball. Kleidung wechseln im Dauerlauf. Wildes Durcheinander. Die Zellen sind zerwühlt, die Sachen liegen auf einem Haufen. Wildes Fluchen und Zerren, Prügel. Nachtruhe.

Der vorstehende Beitrag ist ein Auszug aus der Autobiografie von Jürgen-Kurt Wenzel. Er ist beim Mitteldeutschen Rundfunk in der Reihe „Damals im Osten, heute im Osten nachzulesen. Internetadresse: **https://www.mdr.de/heute-im-osten/kontakt/index.html**

Die VOS dankt dem Sender für die Freigabe.

Hinweis: Jürgen-Kurt Wenzel ist aktives VOS-Mitglied. Er lebt in Schleswig-Holstein und arbeitet (trotz Berentung) als Physiotherapeut. Bei ihm kann man eine Ferienwohnung mieten.

Zwei Übeltäter der Geschichte: Urheber Marx und Vollstrecker Stalin

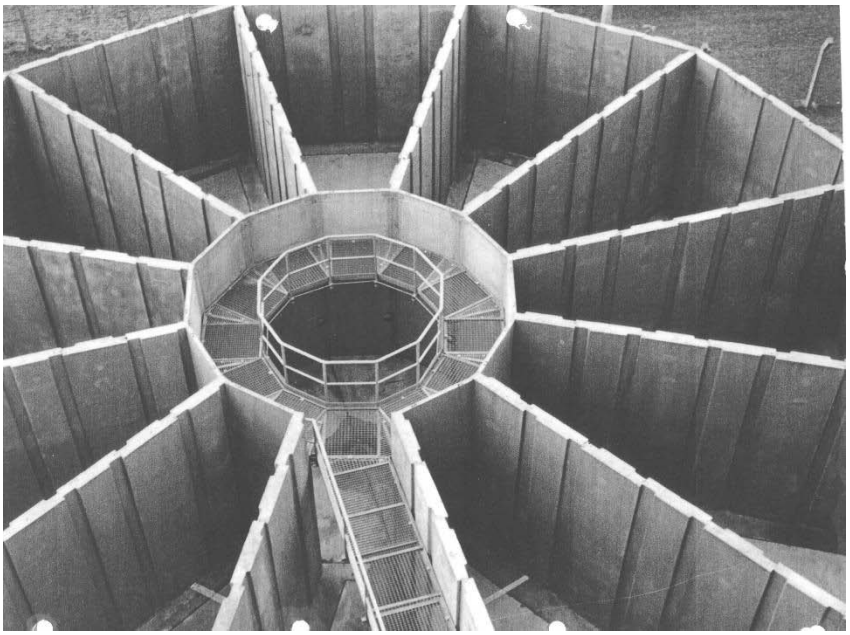
Über Binsenweisheiten der Analyse der Kapitalismus und ihre fatalen Folgen in der Praxis

„Ich bin soweit, dass ich in fünf Wochen mit der ganzen ökonomischen Scheiße fertig bin", schreibt Karl Marx im Frühjahr 1851 aus London an seinen Freund und Geldgeber Friedrich Engels.

Es ist schon etwas erschreckend, wenn Karl Marx die Studien für sein Lebenswerk so drastisch bezeichnet. Statt fünf Wochen dauerte es dann doch noch 16 Jahre, bis der erste Band *Das Kapital* endlich erscheinen konnte. Er umfasste knapp 800 Seiten. Bis zu seinen Tod, wieder 16 Jahre später, erscheinen die im Vorwort 1867 angekündigten drei Folgebände nicht, sie bleiben unvollendet. Die „ökonomische Scheiße“ war komplizierter als gedacht. Nichts Geringeres als das innere Bewegungsgesetz der modernen kapitalistischen Gesellschaft wollte er aufdecken, doch seine Analyse litt an einem kleinen Fehler am Anfang, der wie so oft am Ende zu einem großen werden sollte.

Marx die antike Legende vom Räuber Prokrustes nicht gekannt, der einsame Reisende aufnahm und ihnen ein Bett gab. Waren dessen Beine aber zu kurz im Bett, so streckte er sie mit Gewalt. War der Schlafgast zu groß, dann wurden ihm die Beine passend für das Bett abgehackt. Jener Prokustes (der Ausstrecker) glaubte scheinbar, sein ihm passendes Bett sei die Durchschnittsgröße in Attika und müsse notfalls auch mit Gewalt allen anderen angemessen werden. Die Marx‘sche Durchschnittsbetrachtung ist zwar eine Binsenweisheit, doch es fehlte nur noch ein Vollstrecker nach Art jenes Prokrustes. Der kam noch zu Marxens Lebzeiten im fernen Georgien zur Welt.

Während Prokrustes letztlich von Theseus dem berühmtesten Helden der griechischen Mythologie erschlagen wurde, starben Karl Marx und Josef Stalin mehr oder weniger friedlich in ihrem Zuhause.



Er betrachtet auch das arbeitsteilige Entwicklungsprinzip als etwas Vorübergehendes in der menschlichen Gesellschaft und bestimmt bereits auf der 5. Seite seiner Kapitalismus-Analyse, dass zwei arbeitsteilig erzeugte Waren im Durchschnitt gleich entsprechend ihrer gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeiten wert seien. Vielleicht hat der ansonsten belesene Karl

Hätte Marx, anstatt das arithmetische Mittel für seine Untersuchung zu wählen, das geometrische Mittel zum Austausch zweier Waren zweier Produzenten benutzt, wäre seine Analyse des arbeitsteiligen Kapitalismus realistischer geworden und er hätte sich nicht auch weiterhin jahrelang quälen müssen. Anfangs in der Erstausgabe 1867 auf Seite 15 von *Das Kapital* hatte er noch Recht, dieses Problem sei "... etwas schwierig zu analysiren, weil es einfach ist“.Angenommen wir nehmen die einfachste geometrische Proportion 1 : x = x : 1 und geben beide Terme x/1 und 1/x sowie deren Summe x/1 + 1/x in eine Internet-Suchmaschine ein, dann liefert sie uns in Sekundenbruchteilen eine Grafik. Diese macht deutlich, dass sich dahinter ein Problem verbirgt, welches genau dieses Etwas sein könnte, das auch heute noch "... etwas schwierig zu analysiren, weil es einfach ist“.

Gerd-Peter Leube, Erfurt

Foto: Die Freigangtorte im Neubrandenburger-Stasi-Knast – ein Ergebnis der Marx’schen Theorie und der Stalin’schen Praxis (© André Rohloff)

Zeitzeugen gesucht!

Wer war in der früheren MfS-Untersuchungshaftanstalt in Neustrelitz (bzw. ab 1987 in Neubrandenburg) inhaftiert?

Für den Aufbau einer neuen Dauerausstellung bittet der „Verein Stasi-Haftanstalt Töpferstraße e. V.“ ehemalige Häftlinge um ihre Unterstützung.

Der Verein setzt sich seit Jahren für den Erhalt des einstigen Stasi-Gefängnisses in der Neustrelitzer Töpferstraße als Gedenkort ein.

Nun wird am historischen Ort eine Ausstellung über die Haftbedingungen und die Schicksale der ehemaligen Häftlinge entstehen. Da weder die Geschichte des Gefängnisses der Staatssicherheit hinreichend erforscht ist, noch die Namen der ehemaligen Häftlinge bekannt sind, ist der Verein auf die Mithilfe von Zeitzeugen angewiesen.

Bitte melden Sie sich bei:
Julia Reichheim, Brüsseler Str. 20, 13353 Berlin
Tel.: 030 49 96 83 78
Mail: zeitzeugenprojekt@stasi-haftanstalt-neustrelitz.de
Zusendung an die Bundesgeschäftsstelle der VOS ist ebenfalls möglich. Wird weitergeleitet.

Mit 16 interniert: Hätte sogar mein Todesurteil unterschrieben

Wolfgang Lehmann schildert den Verlauf seiner Verhaftung und den Abtransport nach Sibirien

Am 24. Oktober 1945 bin ich von einem Angehörigen der deutschen Miliz verhaftet worden (*abgeholt* wurde das damals genannt). Dieser Mann gehörte zu jenen, die sich den Sowjets gegenüber als Kommunisten ausgegeben hatten und auf ihrer Zivilkleidung eine rote Armbinde trugen. Ich war vorher gewarnt worden und hätte mich dieser Verhaftung entziehen können.

Da ich nie eine Waffe auf einen Menschen gerichtet hatte und mir auch sonst keiner Schuld bewusst war, hatte ich auf die Flucht verzichtet. Es ging damals die Kunde um, alle Hitlerjugendführer kämen in Umschulungslager, worunter ich mir höchstens einige erträgliche Wochen vorstellte. Dass es dann fast fünf Jahre dauern würde, ahnte ich nicht.

Der Mann lieferte mich bei der sowjetischen Kommandantur ab, wo meine Personalien aufgenommen wurden. Zu meiner Überraschung wurde dabei nach meiner HJ-Zugehörigkeit gefragt.

Das zog sich weiter durch die ganze Zeit der Gefangenschaft. Als Beweis kann ich meine Akte aus Sibirien vorweisen, die der dortige NKWD-Leutnant G. (ein Nachfahre von Wolgadeutschen und ein besonders starker Deutschenhasser) angefertigt hatte. Die Ablichtung dieses wertvollen Dokumentes erhielt ich dankenswerterweise von unserem verdienstvollen Kameraden Günther Wagenlehner, der sofort nach dem Zusammenbruch der Sowjetmacht das NKWD-Archiv in Moskau aufsuchte. In seinem Anschreiben steht, dass die Herausgabe der Akten durch Erlass des Präsidenten (damals Jelzin) für 75 Jahre untersagt sei. Nur für wissenschaftliche Zwecke dürfen ausnahmsweise Ablichtungen gefertigt werden. Auf meine fernmündliche Frage, wie er dies bei meiner Akte begründet habe, sagte er, er habe in US-Dollar bezahlt, und zwar für das Heraussuchen unter 3,5-Millionen! In dieser Akte findet sich kein Vermerk zu meiner HJ-Mitgliedschaft!

Dies zu den immer wieder geäußerten Ansichten der ‚Kommunismus-Versteher', damals wären HJ-Führer verhaftet worden.

Am nächsten Tag wurde ich zusammen mit anderen Verhafteten auf einem LKW in unsere Kreisstadt Calau gebracht. Nach einer Woche in dem GPU-Keller unterschrieb ich nach fürchterlichen Folterungen, deren Spuren heute noch erkennbar sind, ein in kyrillisch handgeschriebenes Protokoll, das von vorn bis hinten nicht der Wahrheit entsprach.

Ich hätte sogar mein Todesurteil unterschrieben, denn ich war innerhalb von wenigen Tagen seelisch und körperlich völlig gebrochen worden. Von Calau bin ich dann nach Cottbus in das Landgerichtsgefängnis gebracht worden, wo ich vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, selbstverständlich ohne Anklageschrift und ohne Verteidiger.

Ich wurde allerdings nicht verurteilt, sondern in das sowjetische Speziallager Ketschendorf gebracht. Dieses Lager hatten die Sowjets schon im April 1945, vor Ende der Kampfhandlungen in einer 1941 bezogenen Wohnsiedlung eingerichtet. Sie war für 500 Bewohner gedacht. Zum Höhepunkt der ‚Belegung', im Sommer 1946, waren etwa 12.000 Menschen (auch Frauen und Kinder, die jüngsten waren 12 Jahre) zusammengepfercht. Im jugendhaus, einem 8-familienhaus, befanden sich etwa 1200 Jungen.

Ende 1946 wurden nach einer sogenannten medizinischen Untersuchung durch sowjetische Militärärzte, die darin bestand, dass in eine Pobacke gekniffen wurde, 315 Häftlinge aussondert. Am 31. Januar 1947 fuhren diese in verschlossenen Viehwaggons einem unbekannten Ziel entgegen, das sie am 6. März in Prokopjewsk (Mittelsibirien) erreichten. In dem Lager fanden sich weitere Häftlinge aus den Sowjet-KZ Jamlitz, Sachsenhausen und Fünfeichen ein.

Wie schon in den Lagern in Deutschland gab es eine streng militärische Lagerstruktur mit Bataillonen, Kompanien und Zügen. Außerdem wurde von den Sowjets ein Antifa-Komitee eingerichtet, dem Kommunisten angehörten, die merkwürdigerweise auch den Weg nach Sibirien hatten antreten müssen. Der vorsitzende hieß Felix G. und ein Mitglied war Max E., der während des Krieges dem Nationalkomitee Freies Deutschland angehörte. Das hatten die Sowjets eingerichtet, um nationalbewusste deutsche zum Überlaufen zu bewegen.

Mit welcher „Begeisterung" wir übrigen Lagerinsassen die Schulungen dieses Komitees besuchten, kann man sich denken.

→ nächste Seite oben

Es mag 1948 gewesen sein, da glaubte die sowjetische Lagerleitung, wir seien nun gehörig umgeschult. Sie ordnete eine Wahl des Antifa-Komitees an, wofür selbstverständlich die bisherigen Mitglieder als Kandidaten antraten.

Aber wir durften auch eigene Kandidaten aufstellen. Nun gibt es in einer so großen Männergesellschaft immer Persönlichkeiten, die sich durch Haltung und Charakter auszeichnen. Die Sowjets waren sich offenbar so sicher, dass sie geheim wählen ließen. Es wurden nur unsere Kandidaten gewählt!

Danach musste sich die Lagerbesatzung auf dem großen Appellplatz versammeln und ein Politoffizier hielt eine flammende Rede, von der ich kein Wort verstand, weil ich mich damals noch konsequent dem Russischen verweigerte. Aber in fast jedem Satz kam „faschistiki“ vor. Unsere gewählten Kameraden verschwanden. Wohin, habe ich nicht erfahren, und das alte Antifa-Komitee wurde wieder eingesetzt. Das war meine erste freie Wahl.

Für mich ist der Vorgang typisch für die kommunistische Gewaltherrschaft. Die Politoberen geben sich betont demokratisch, wenn sie meinen, es wird nach ihrer Vorstellung ausgehen. Aber wehe, die Wähler entscheiden anders.

Sollten heutige Vorgänge Ähnlichkeiten mit dem hier geschilderten Vorgang haben, so ist das zufällig.

In unserem Lager gab es keine verurteilten. Deshalb war für mich die Ungewissheit groß, ob ich überhaupt jemals nach Deutschland würde zurückkehren dürfen.

Im April 1950 war es dann soweit. In Viehwaggons, aber diesmal mit offenen Türen, fuhren wir der Heimat entgegen, die wir am 2. Mai erreichten.

Ich war inzwischen 21 Jahre, ohne Schulabschluss und ohne Lehre, auch ohne Vater (der war im Februar 1945 als Soldat vermisst gemeldet und blieb es bis heute), fing für mich ein zweites Leben an. Ich bin es mit Zuversicht und hoffnungsvoll angegangen.

Seit fast 20 Jahren bin ich als zeitzeuge in Wort und Schrift tätig, damit unsere Schicksale vor dem Vergessen bewahrt werden. Aus der Erinnerung aufgeschrieben im Oktober 2018 im 90. Lebensjahr.

Wolfgang Lehmann

Das Foto *(privates Archiv) zeigt eine Aufnahme von Sibiriaken (Sibirier), das mit mehreren ehemaligen Häftlingen in Sibirien entstanden ist: Von links: Arnold Philipp (Lager Fünfeichen), Kurt Hermann Burger (Emmendingen), Klaus Kurth (Lager Fünfeichen)*

Erinnerungskultur Brandenburg: Außenstelle bleibt nach Prostest erhalten

Gemeinsame Initiative für 2019 geplant

Gelungene Landtags-Initiative von B‘90/Die Grünen zur Erhalt einer Brandenburger Außenstelle mit Unterstützung des damaligen Bürgerkomitees zur STASI-Auflösung aus Cottbus und Potsdam. Die Vereine Aufarbeitung Cottbus (Polster) und das FORUM (Kruczek) planen mit den „Restbeständen“ der anderen Komitees aus MVP, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Initiative zum 30. Jahrestag der STASI-Besetzungen Anfang Dezember 2019, um eine Leerstelle in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur aufzulösen. *M. Kruczek, Potsdamer Forum*

Gedenken und Ehrung bleiben

Kranzniederlegungen der VOS-Getreuen am Volkstrauertag in Wurzen und Falkenberg

Obwohl nicht mehr ganz so mobil, ließen es sich die Kameraden aus Wurzen: Brix, Garnatz, Radigk und Liebmann (unteres Foto v. l. n. r.) nicht nehmen, am Volkstrauertag (18. November) die toten Kameradinnen und Kameraden durch ein Gebinde, das unter der Gedenktafel abgelegt wurde, zu ehren. Mit anwesend war der Oberbürgermeister der Stadt Wurzen, Jörg Röglin (oberes Foto links), dem der Bundesvorstand der VOS für dieses inzwischen nicht mehr selbstverständliche Bekenntnis zu den SED-Opfern herzlich dankt. Herr Röglin ist erst in diesem Jahr in die SPD eingetreten, weil er hier vieles bewegen möchte und die Partei wegen ihrer lokalen Wirksamkeit schätzt.

Ein Kranz für die Opfer von Krieg und Gewalt wurde auch in **Falkenberg/ Elster** (Land Brandenburg) niedergelegt. Kameradin Irene Thomas, die dies mit aufrechter Haltung Jahr für Jahr tat, kann inzwischen aus Altersgründen nicht mehr selbst zur Gedenkveranstaltung erscheinen. In ihrem und im Namen der Opfer des Stalinismus und deren Hinterbliebenen legte Bürgermeister Herold Quick ein Blumengebinde nieder. Ob er und der Gastredner neben dem Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges und der Nazi-Herrschaft auch jene des Stalinismus erwähnten und konkret auf die SED verwiesen, ist leider nicht übermittelt.

Für die VOS gilt jedoch der Grundsatz: Nicht nur Menschenrechte sind unteilbar, auch die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer von Gewalt sind es. Damit sind, ob man es wahrhaben will oder nicht, auch die Ermordeten und Gequälten von Falkenberg und der gesamten Region gemeint. *Valerie Bosse*

Elite JVA: Freigeben für die Abrissbirne?

Hier wäre Denkmalschutz der angemessenere Weg

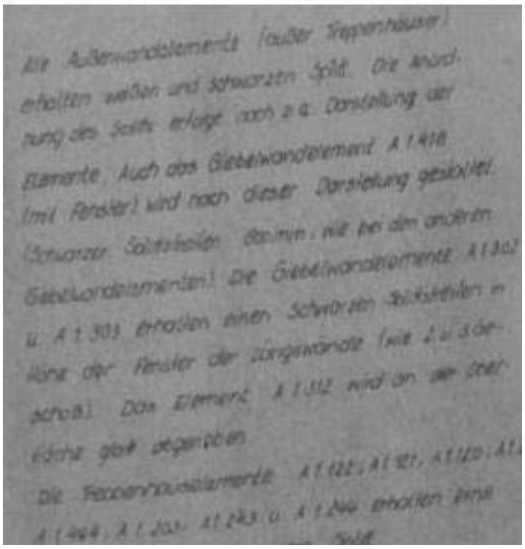
Das Justizministerium von Mecklenburg-Vorpommern will die Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg und das dazugehörige Areal zum 1. Januar 2019 an den Betrieb für Bau und Liegenschaften übergeben. Die Stadt Neubrandenburg würde das Gesamtgelände gern beräumt übernehmen, um dort einen weiteren Wohnungsbau zu realisieren. Und das an einem Ort der zweiten deutschen Diktatur? Ein Vorgang der an Orten der ersten deutschen Diktatur heute undenkbar wäre!

Mir scheint, dass viele Neubrandenburger nicht um die Einzigartigkeit dieses Areals wissen. Ansonsten würde man das Gelände unter Denkmalschutz stellen.

Die Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg hat noch ausreichend äußere wie innere Gestaltungsmerkmale und einen unveränderten Grundriss, um die Voraussetzungen als Denkmal zu erfüllen. Es existieren die Originalen Zellentüren, die Stehzellen ... Andere Darstellungen durch die Denkmalschutzbehörden sind so gesehen nicht glaubhaft, da diese eine innere Prüfung noch nicht vorgenommen haben.

In der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Neubrandenburg gab es Strafgefangenenarbeitskommandos. Die Sonderarbeitskommandos wurden u. a. in der Küche, der Wäscherei und verschiedenen Werkstätten eingesetzt.

Abschließende Untersuchungsergebnisse liegen bis heute nicht vor. In der MfS- Untersuchungshaftanstalt Neubrandenburg sollten zentral für die gesamte DDR verurteilte MfS-Mitarbeiter, besonders zu isolierende Angehörige der NVA, des MdI, der VP, des Zolls, der Staatsanwaltschaft, „operativ bedeutsame Strafgefangene aus den Zentralen Staatsorganen und der Volkswirtschaft“ sowie Familienmitglieder der genannten Gruppen konzentriert werden. Die für die U-Haft und Strafvollzug zuständige Abteilung XIV war, vor allem wegen des besonderen Strafgefangenenarbeitskommandos, mit mehr als 60 Mitarbeitern die größte Abteilung XIV auf Bezirksebene.



Die 1987 in Betrieb genommene Neubrandenburger MfS- Haftanstalt war die die letzte in der DDR gebaute Haftanstalt und in ihrer Bau- und Funktionsweise einzigartig. Vor allem auch für die gedachte Verwendung (Inhaftierung der Nomenklatura) neben Bautzen.

André Rohloff

Die Fotos (© A. Rohloff) entstammen den Unterlagen zur MfS-JVA Neubrandenburg, die 1984 angelegt wurden. Darin heißt es, die äußere Gestaltung des Gebäudes ist in weißem und schwarzem Splitt zu gestalten.

Mit Vollgas und blind gegen die Betonwand?

Der Internationale Frauentag ist mal wieder im Gespräch

Der Frauentag – welcher ehemalige DDR-Bürger erinnert sich nicht an diesen Alibitag, an dem Kinder und Ehemänner ihren Müttern bzw. Gattinnen den Pflichtstrauß Tulpen nach Hause brachten und die Chefs auch mal die sonst üblichen Anzüglichkeiten gegenüber den Kolleginnen unterließen.

Nun beabsichtigt das Bundesland Berlin, diesen einstmals als politisch ideologischen Schachzug eingeführten (keineswegs arbeitsfreien) Ehrentag einzuführen. Da darf man gespannt sein, ob es nicht auch bald den Tag der NVA, des Lehrers, des Bergmannes und den des Eisenbahners wieder geben sollte. Nicht weil man die jeweilige Sparten ehren will, sondern um noch ein Stück näher an die DDR zu rücken. *Tom Haltern*

Lesen Sie dazu den nachstehenden Kommentar

In Berlin, dem Nabel der Welt, festzulegen, dass der Weltfrauentag gesetzlicher Feiertag werden sollte, zeugt von Engstirnigkeit und Ignoranz. Gesetzlicher Feiertag sollte endlich wieder der 17. Juni werden, um der Opfer des niedergeschlagenen Aufstandes von 1953 zu gedenken. Das widerspricht im ideologisch „fortschrittlich-links“ geprägten Berlin natürlich dem Zeitgeist. Geschehenes Unrecht wird geleugnet, zugegeben nur, was nicht zu leugnen ist. SED-Unrecht wird kleingeredet und weichgezeichnet.

Im SED-Staat wurde der Internationale Frauentag wie auch der 8. Mai sogar gesetzlich festgelegter Feiertag als „Tag der Befreiung“ feierlich mit Winkelementen und viel Brimborium begangen, also eindeutig instrumentalisiert.

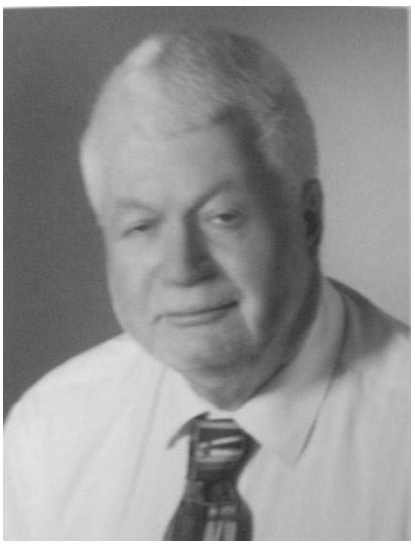
Da hatte man sich mit „allzeit bereit“ zu bekennen oder wie viele es empfanden, die Stiefel zu küssen, von denen man getreten wurde.

Selbstverständlich soll man für alltägliche Gleichbehandlung von Frauen eintreten und auch an wenigstens einem Tag im Jahr besonders unterdrückter Frauen gedenken. *Hartmut Richter*

Mit der Jugend, für die Jugend: Nach 29 Jahre etwas nacherleben

Erfolgreicher Projekttag am Point Alpha beeindruckt 250 Schülerinnen und Schüler

Es war ein großes Ereignis, dieser zehnte Schülerprojekttag, der am 9. November von der Point-Alpha-Stiftung an der Gedenkstätte nahe Rasfeld für die Schülerinnen und Schüler aus Hildburghausen (Thüringen) und Hünfeld (Hessen) stattfand. Unter dem zeitbezogenen Motto *29 Jahre danach* erlebten sie gemeinsam mit den Lehrkräften ein Stück deutscher Geschichte, das von Zeitzeugen unterschiedlicher Generationen und Herkunft authentisch erklärt wurde. Mit dabei Jörg Bilke, einer der profiliertesten Berichterstatter und auch ein Geschichtskenner mit weit gespanntem Überblick unter den SED-Opfern. Ohne ihn wäre vieles, was das berüchtigte Zuchthaus Waldheim betrifft, unter den Tisch gefallen, würden wir weniger über den Schriftsteller Erich Loest wissen und hätte manch einer ein Buch nicht gelesen, das *JBB* für uns in der Fg vorgestellt hat.



Point Alpha war einer von vier US-Beobachtungspunkten, mit denen die verbündeten Streitkräfte die Grenze zwischen den großen politischen Blöcken überwachten. Point Alpha weist die Besonderheit auf, dass er zu Zeiten der Teilung im Falle eines militärischen Konflikts von den Sowjets als Sprungbrett für einen Erstschlag gegen die NATO genutzt werden sollte. Von hier aus wären Truppen, Panzer und Geschütze west-, süd- und nordwärts ausgeschwärmt, um die Bundesrepublik und danach den Rest Europas im Eiltempo zu überrollen. Dieses und vieles andere kann man durch die Exponate erfahren und sich somit über die verbrecherische Gefährlichkeit des „Friedensstaates“ DDR und seiner kampfesbereiten Waffenbrüder informieren lassen. Wer sich als Bundesbürger seinerzeit in Sicherheit wiegte und an der bunten Friedenskette, die das gesamte westliche Deutschland durchzog, teilnahm, der dürfte sich angesichts der Exponate heute fragen, wie naiv und gutgläubig man damals war.

Jörg Bilke fand mit seiner persönlichen Lebens- und Haftgeschichte bei den Jugendlichen riesiges Interesse. Unbedarft und wissbegierig reiste er 1961 als westdeutscher Student in die DDR ein, um nach einer Woche zurückzukehren, und dann wurden es drei ereignisreiche und prägende Jahre, die ihn eine Justiz und einen Strafvollzug kennenlernen ließen, wie es sich rückblickend nur schwer beschreiben lässt. Immerhin, die Erfahrung DDR hat ihn gestärkt und auf eine erfreuliche Art weise und gelassen werden lassen. Er kann nunmehr über seine Haftzeit berichten, ohne etwas zu dramatisieren oder zu verklären, er kann kritisieren, ohne zu beleidigen, und er kann vernichtende Wahrheiten aussprechen, ohne zu übertreiben und sich angreifbar zu machen.

Und immer wieder liest oder hört man mit einer gewissen Rührung jene Passage, in der er 1964 nach der Haftentlassung in den Westen zurückgekehrt ist und – da im Elternhaus niemand mit ihm rechnet und alle ausgeflogen sind – nur der Hund im Anwesen ist und ihn dieser sofort wiedererkennt und ihn freudig begrüßt. Es ist wie das Happyend einer scheinbar erfundenen Filmhandlung; man will es nicht glauben, und doch ist es so nah an der Wirklichkeit, dass man sich verstohlen die Augen reibt.

ARK

Information zur Gedenkstätte und zum Projekttag:

An diesem Schülerprojekttag der Point-Alpha-Stiftung zum Thema 29 Jahre Mauerfall nahmen am 9. November 250 Schülerinnen und Schüler teil. Der Projekttag wird jährlich durchgeführt und erhält jeweils ein Motto. In diesem Jahre ging es um „Medien“. Neben den Berichten der Zeitzeugen, die mit Schwerpunkt DDR ausgewählt werden, finden in

Führungen durch das ehemalige US-Camp statt. Beendet wird das Zusammentreffen mit einer gemeinsamen Feier, in diesem Jahr war es ein Grillfest. Die Kosten werden durch den Veranstalter getragen.

Die Jugendlichen werten die gemachten Erfahrungen später aus, indem sie darüber diskutieren und Beiträge für die Medien schreiben.

Fg-red.

Neubrandenburg: Marx rein, Gedenkstätte raus

Die Zeugnisse des SED-Unrechts will man nicht mehr sehen. Man will Marx!

Während seines diesjährigen Familienbesuchs in Neubrandenburg, nutze ich u. a. die Gelegenheit, mit Gerd Skibbe über die ehemalige Neubrandenburger MfS- Haftanstalt zu sprechen. Da die Stadt Neubrandenburg beabsichtigt, diesen geschichtsträchtigen Ort als bitteres Zeugnis der Diktatur abzureißen und für den Wohnungsbau als Gelände zu erschließen. Gerd lehnt den Abriss ebenso ab wie er andererseits auch gegen das Wieder-Aufstellen des Karl-Marx-Denkmals ist. Dies hatten die Abgeordneten von Neubrandenburg kürzlich beschlossen.

Die Skulptur war jahrelang eingelagert gewesen. Es gab bereits einen Vorschlag für den Standort, der allerdings später keine Zustimmung fand.

Marx gilt als Symbol einer Ideologie, die Millionen Menschen den Tod brachte. Die Ewiggestrigen fühlen sich durch ihn legitimiert.

André Rohloff / V. Bosse

Arbeitsgruppe betroffener Heimkinder DDR

Bewertung des Fonds „Heimerziehung DDR“ durch das,

des Speziallagers Sachsenhausen zu erinnern, die zunehmend vergessen werden

Im Jahr 2009 / 2010 erreichen Berichte über massive Gewalt, politische Verfolgung und ideologische Umerziehung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung der DDR von 1949 bis 1990, den Deutschen Bundestag.

Über die Menschenrechtsverletzungen in der Heimerziehung drängen auch die Heimkinder der DDR mit ihren bitteren Erfahrungen in die Öffentlichkeit. Sie wenden sich mit der Bitte an die politische Leistungsträger, dieses Unrecht und die bis dahin ungenügende Aufklärung in der inzwischen begonnenen Aufarbeitung des SED-Unrechts zu berücksichtigen. Die von unterschiedlichen Personen und Verbänden vorgetragenen Zustandsbeschreibungen über die Heimerziehung in der DDR führen dazu, dass die Landesregierungen der Neuen Bundesländer Arbeitsgruppen einrichteten, die sich mit dem Thema Heimerziehung befassen.

Ergebnis der daraufhin begonnenen Aufarbeitung war, dass im Verlauf des Jahres 2011 in allen Bundesländern Ost die für das Thema Heimerziehung zuständigen Ministerien Recherchen betrieben, mit dem Ziel, Betroffene, die auf Grund ihrer persönlichen Heimerfahrungen ein Gesamtbild über die Struktur und das Erleben in den Heimen der DDR abgeben konnten, für eine Mitarbeit, an der Aufarbeitung der Heimerziehung, zu gewinnen.

Am 27. November 2011 trafen sich in Berlin erstmalig 15 ehemalige Heimkinder der DDR zu einem gemeinsamen Gespräch und am 28. November 2011 unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Mitarbeitern der Landesverwaltungen und politischen Leistungsträgern der Landesregierungen zu einem Workshop, in welchem die Expertisen „Heimerziehung DDR“ erarbeitet wurden. Seitens der Gruppe der 15 Betroffenen wurde der Wille bekundet, gemeinsam in einem Arbeitsprozess mitzuwirken, der zum Ziel hatte, eine Entschädigung und Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht in der Heimerziehung DDR auch außerhalb eines juristischen Prozesses mit den Vertretern der Politik der Bundesrepublik zu erreichen. Dabei war zu berücksichtigen, dass es trotz der Änderungen der juristischen Grundlagen im IV. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und der prozessualen Verbesserungen im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) grundsätzlich nicht möglich sein würde, allen Betroffenen von Leid und Unrecht aus der Heimerziehung DDR juristische Genugtuung zu verschaffen. Aus diesem Grund wurde in einem darauffolgenden Treffen der ehemaligen Heimkinder beschlossen, eine Arbeitsgruppe und eine Interessenvertretung für die ehemaligen Heimkinder der DDR zu bilden. Die Arbeitsgruppe gab sich den Namen „Arbeitsgruppe betroffener Heimkinder DDR“ (ABH-DDR).

Der Arbeitsgruppe wurde notwendigerweise für die juristische und die sachliche Umsetzung sowie zur Beratung über ein geschäftsfähiges Konstrukt zu der Umsetzung einer finanziellen Zuwendung eine Ombudsperson zur Seite gestellt.

Zum 1. Juli 2012 nahm der Fonds „Heimerziehung DDR“ seine Geschäftstätigkeit auf. Einzig die zuvor berufene Ombudsperson sollte stellvertretend und beratend für die Betroffenen in einem Lenkungsausschuss, der die Fondsverwaltung sicherstellen sollte, tätig sein.

Am 13. Juni 2012 wurde im Deutschen Bundestag in der Kabinettssitzung der Bundesregierung eine Vereinbarung zur Errichtung, Finanzierung und Verwaltung des neugebildeten Fonds *Heimerziehung DDR* vorgestellt. Während dem einleitenden Bericht und der sich anschließenden zahlreichen Fragen der interessierten Mitglieder des Deutschen Bundestages wurde vom vortragenden Staatssekretär ausdrücklich betont, dass in den Lenkungsausschuss des Fonds auch ein ehemaliges Heimkind berufen wird.

Beachtenswert und kennzeichnend für die Einbindung der Betroffenen in den Verfahrensverlauf Fonds „Heimerziehung DDR“ steht der Prozess um die finanzielle Aufstockung des Fonds von ursprünglich 40 Millionen Euro auf letztendlich 364 Millionen Euro.

→*Seite 20 oben*

→ von Seite 19 unten

Offensichtlich ist es gerade der sachlichen Beteiligung von Betroffenen innerhalb des Verfahrens zu verdanken, dass die Befürchtung einer Unterfinanzierung des Fonds von Betroffenen noch rechtzeitig wahrgenommen, angezeigt und nach dem Bekanntwerden an die Landes- und Bundesregierung zur Schaffung einer erweiterten Finanzierungsgrundlage herangetragen wurde.

Die Gesamtzahl der möglichen Betroffenen, die Leistungen aus dem Fonds in Anspruch nehmen konnten, war nicht zweifelsfrei festzustellen, aber die politisch Verantwortlichen hatten selber von mindestens 135.000 Betroffenen gesprochen, und durch Validierung war zu ermitteln, dass, wenn man 135.000 Anspruchsberechtigte auf alle fünf Beratungsstellen aufteilt, auf jede Beratungsstelle 27.000 Betroffene entfallen würden.

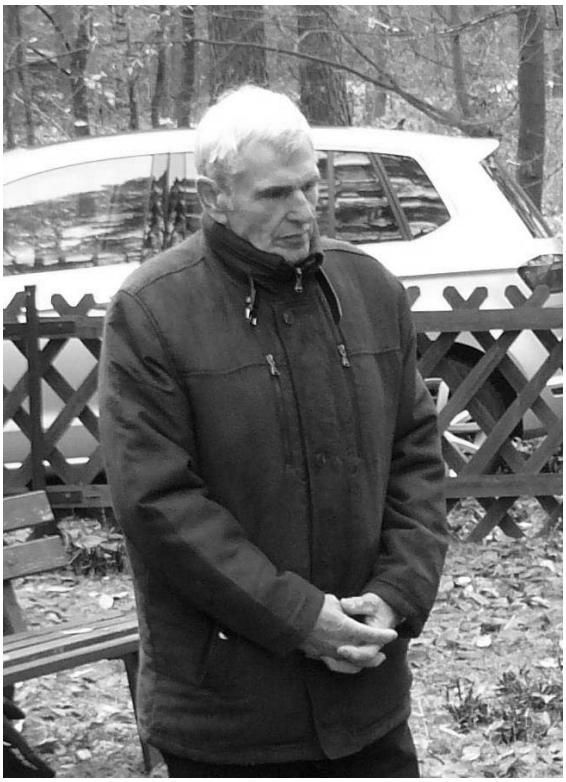
Kritisch ist in diesem Zusammenhang zu bewerten, dass die politische Zusage zur finanziellen Aufstockung des Fonds „Heimerziehung DDR“ daran gebunden war, die Anmeldefristen für eine Inanspruchnahme von Leistungen, auf den 30. September 2014 zu begrenzen. Unabhängig von der daran anknüpfenden verwaltungstechnischen Überforderung der Anlauf- und Beratungsstellen stellte diese Frist zur Anmeldung auch einen nachweislichen Wortbruch der Politik gegenüber den Betroffenen dar.

Der Antragszeitraum war vormals auf den 30. Juni 2016 bestimmt gewesen.

Weitaus kritischer ist allerdings zu berücksichtigen, dass mit dieser zeitlichen Begrenzung der Anmeldung für Leistungen aus dem Fonds der Antragszeitraum auf etwas mehr als zwei Jahre begrenzt wurde. Unter dem Eindruck, dass die politischen Leistungsträger der Bundesrepublik zuvor eine Betroffenenzahl von 400.000 Heimkindern in die Öffentlichkeit kolportiert hatten, war zu erkennen, dass damit das ausdrückliche Versprechen der Politik, allen Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam zu helfen, keineswegs umgesetzt werden wird.

Desweiteren reagierten die Gerichte so, dass sie behaupteten: „die Heimkinder brauchen nicht rehabilitiert werden da sie ja schon durch den Fonds entschädigt werden“. Auch gibt es hier einen wesentlichen Unterschied zwischen Spezial-Kinderheimen und Kinderheimen, und Jugendwerkhöfen, in denen nur Jungen oder Mädchen waren, denn dort fanden sich andere Strukturen, und in diesen waren auch keine FDJ-Hemden oder Pionierblusen zu sehen. Auch waren ihre Heimzeiten ohne ein Zusammenleben der zwischenmenschlichen Beziehungen zu erdulden, was sich bei vielen im weiteren Leben spürbar bemerkbar machen musste.

Einen eklatanten Wortbruch der politischen Leistungsträger auf Landes-und Bundeseben stellt das ursprünglich gegebene Versprechen dar, dass den ehemaligen Heimkindern für ihre erzwungene, unentgeltlich geleistete Arbeit in den Heimeinrichtungen der DDR Rentenersatzleistungen erbracht werden, insofern für die unentgeltliche geleistete Zwangsarbeit, keine oder zu geringe Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitgebern an die Rentenversicherungen abgeführt wurden.



Letztendlich wurden nur Rentenersatzleistungen an Betroffene ausgezahlt, bei denen nachweislich überhaupt keine Sozialversicherungsbeiträge für die geleistete Arbeit entrichtet wurden.

Dabei wäre eine Prüfung angebracht gewesen, auch den Wert gering gezahlter Sozialversicherungsbeiträge festzustellen und hinsichtlich einer Rentenersatzleistung zu prüfen, ob die Betroffenen einen begründeten Anspruch haben.

Den unbürokratischen Hilfen aus dem Fonds „Heimerziehung DDR“ stand am Anfang entgegen, dass in den Geschäftsbedingungen des Fonds die Auszahlung daran geknüpft war, dass Betroffene zwar ihre Wünsche formulieren, aber eine Inanspruchnahme des Fonds erst dann realisiert werden konnte, wenn die Betroffenen finanziell in Vorleistung gingen. Bei einem Großteil der Betroffenen schaffte das eine Hürde, welche eher zu einem Verzicht führen musste oder einen komplizierten Ringtausch zur Folge hatte, der dann letztendlich auch noch illegal war.

Einfach ausgedrückt bedeutete eine Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Fonds, dass Betroffene bereits bei ihrem ersten Beratungsgespräch in der Anlauf- und Beratungsstelle vorzuweisen hatten, welche umfassenden finanziellen Hilfen sie benötigen, und dann mussten sie, um den Antragsvorgang auszulösen, eine gültige Rechnung als Beleg vorweisen. Gezahlt wurde nur gegen Vorlage der Originalrechnung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Lenkungsausschuss letztendlich gegensteuerte und Vereinfachungen schaffte, damit finanziell Betroffene nicht noch weiter überfordert werden würden oder im schlechtesten Fall, keine Leistungen beantragen konnten, weil sie keine Rechnungen über den Einkauf von Konsumgütern vorzuweisen hatten.

→Seite 20 oben

→von Seite 20 unten

Problematisch und unverständlich ist bis heute die Tatsache, dass der Fonds in seiner Art und Weise, wie er Betroffenen in einem Akt der Nötigung aufzwang Geld auszugeben, weil sie sonst überhaupt nicht am Fonds hätten partizipieren können, nicht wirklich eine finanzielle Hilfsleistung für Betroffene dargestellt hat.

Abschließend ist die zeitliche Begrenzung des Fonds zu kritisieren. Der Grundsatz des Fonds war, allen Betroffenen, denen Unrecht und Leid widerfahren ist, zu helfen. Bereits die umfängliche Bestimmung, dass allen Betroffenen der Heimerziehung geholfen werden soll, insofern ihnen Unrecht und Leid in der Heimerziehung widerfahren ist, hätte wegen der vielschichtigen Problematik eines Lebens in der Heimerziehung bedeuten müssen, dass man den Betroffenen die Zeit gibt, sich dem Für und Wider einer Offenbarung zu stellen. Manche Heimkinder waren ihre gesamte Kindheit und Jugend im Heim, dann wollte 25 Jahre nach dem Ende der DDR keiner etwas gewusst haben, und nun sollen sich tief von der Heimerziehung geprägte Betroffene innerhalb von Stunden einem Prozess stellen, der ihr gesamtes Leben in Unordnung bringen und die posttraumatischen Belastungen weiter verschärfen würde.

Insofern stellt der Fonds, welcher eben keine Wahlmöglichkeit mehr zugelassen hat, in welcher Form, Art und Weise man sich einer Aufarbeitung der Heimerziehung und des erlebten Unrechts stellt, einen schweren Eingriff in das Persönlichkeitsrecht und keine echte Hilfe, um die es in Wirklichkeit geht, für die Betroffenen dar.

Ziele für eine weiterführende Aufarbeitung

Priorität in der weiterführenden Aufarbeitung hat zweifelsfrei die Darstellung des gesellschaftlichen Versagen bei der Schaffung eines repressiven Heimsystems, die Abschaffung von Rechtsnormen und Verfassungsrechten der Bürger bei der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder und die damit mögliche gesellschaftliche Wahrnehmung, dass Heimerziehung in der DDR nicht per se ihre Ursache in der persönlichen oder familiären Fehlentwicklung der Betroffenen widerspiegelte, sondern, dass Heimerziehung zu einem großen Teil von rechtswidrigen Eingriffen der Verwaltung und der staatlichen Willkür der SED Diktatur abhängig war und das vor dem politischen Wahnwitz der SED-Ideologen, sich Menschen nach ihren Vorstellungen zu schaffen, keiner geschützt war.

Manche Heimkinder waren ihre gesamte Kindheit und Jugend im Heim, dann wollte 25 Jahre nach dem Ende der DDR keiner etwas gewusst haben.

Ziel der weiteren Aufarbeitung muss sein, der Gesellschaft wie auch den politischen Verantwortungsträgern mit ihren Verwaltungen begreiflich zu machen, dass Heimerziehung immer ein Eingriff in Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ist, mit welchem auch tiefe und nachhaltige Einschnitte in das Leben von Kindern erfolgen. Es muss ins Bewusstsein gerückt werden, dass Heimerziehung auch immer eine gesellschaftliche Entwicklung abbildet, nach der die ethnische und moralische Verantwortung einer Gesellschaft gegenüber ihren Kindern zum Ausdruck kommt.

Im weiteren Verlauf sollten Überlegungen angestrebt werden, solche Heimkinder schneller zu rehabilitieren und den erhaltenen Betrag von 10.000 € als Vorableistung für die Rehabilitierung anzurechnen. Auch wären dann die Schüler und Jugendlichen, die keine Chance hatten, eine Berufsausbildung zu erhalten und jetzt mit einem Minimum an Rente dastehen, die 153,00 Euro dazu erhalten könnten, wenn die Bedürftigkeit nicht durch das Sozialgesetz bestimmt wird, sondern die Anrechnung durch die Bedürftigkeitsklausel des SED- Unrechtbereinigungsgesetz geregelt werden würde. *Rainer Buchwald*

Anmerkung: Bundesvorstand und Redakteur danken Rainer Buchwald für diesen außergewöhnlichen Beitrag.

Nach Einladung erfolgte Absage, dann Einladung unter Vorbehalt

Zeitzeugen-Gruppe NRW wird sichtlich diskriminiert

Es ist unbestreitbar ein Stück aus der Gruselkiste, das sich im November für die Zeitzeugen-Gruppe der VOS in NRW abspielte. Christoph Becke hatte auf seine Anfrage eine Zusage für eine Veranstaltung an einer Schule in Bonn bekommen. Dann jedoch kam die Rückmeldung, dass seitens der Elternschaft der betreffenden Schulklasse Bedenken angemeldet worden seien: In der Zeitzeugen-Gruppe, in der VOS überhaupt, sei rechtes Gedankengut angesiedelt. Die Schule nahm daraufhin die Einladung für den Referenten zurück – sehr zum Entsetzen der gesamten Gruppe – bzw. wurde gefordert, die VOS solle den Beweis erbringen, dass die Mitglieder der Gruppe kein sogenanntes rechtes Gedankengut verbreiten würde.

Dazu meint der VOS- Landesvorsitzender in NRW Felix Heinz Holtschke: Dass unsere gutgemeinte und bewährte Zeitzeugen-Aktivität im konkreten Bonner Fall auf ein derart irrationales, ja aggressives Echo stößt, lässt aufhorchen, beweist es doch, wieweit die linkslastige Indoktrination an unseren NRW-Schulen inzwischen vorangeschritten sein muss.

Was wird an diesem Gymnasium eigentlich für ein tendenziöser und offensichtlich geschichtsferner Unterricht angeboten? Die Mitglieder der VOS jedenfalls haben es m. E. keinesfalls nötig, sich derart abwegig beleidigen und sich als Kämpfer gegen das SED-Regime der ehemaligen DDR in eine rechtsradikale Ecke stellen zu lassen. Aus meiner Sicht liegt hier ideologisch verbrannte Erde vor, so dass ich persönlich für einen Vortrag an diesem Gymnasium in keinem Fall zu Verfügung stehen werde.

An dieser Stelle stellt sich auch erneut die Frage, inwieweit das Projekt bei dieser unübersehbaren Politisierung und Polarisierung zukünftig noch Sinn macht.

Bei Redaktionsschluss war nicht bekannt, ob die Bonner Schule so gnädig war, die Einladung aufrechtzuerhalten. *B. Thonn*

Die Schicksale der Opfer des Kommunismus sind fast vergessen

Der jährliche Empfang des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für die Betroffenen
Grußwort von Wolfgang Lehmann, der aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen konnte

Für den 15. Oktober 2018 lud der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Vertreter aus Initiativen, Verbänden und Gruppen ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter zu seiner jährlichen Veranstaltung, während der die Schicksale der Betroffenen gewürdigt werden, im Landtag ein. Zum Kreis der Geladenen gehörte auch unser Kamerad Wolfgang Lehmann, der oft als Zeitzeuge und Verfasser von Fg-Beiträgen aktiv ist. Leider befand sich Kamerad Lehmann in keinem gesundheitlich guten Zustand, so dass er die recht lange Reise aus Hessen nach Potsdam nicht antreten konnte. Dennoch war es ihm wichtig, den Kreis von Gästen und Gastgebern nicht im Stich zu lassen. Er reichte noch rechtzeitig ein Grußwort und bat darum, dieses in der Veranstaltung zu verlesen. Dieses Grußwort wird aufgrund seiner Bedeutung für alle VOS-Mitglieder nachstehend veröffentlicht. Zugleich soll damit noch einmal auf die Verdienste unseres Kameraden wie auch auf sein schweres Schicksal, das ihn als ganz jungen Menschen in das Lager Ketschendorf in der Lausitz verschlug, hingewiesen werden. Wolfgang Lehmann war in den vergangenen Jahren mehrfach an Schulen als Zeitzeugen aktiv und fand bei Lehrern und Jugendlichen großen Anklang.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Gäste, liebe Kameraden,

sehr gern wäre ich heute an diesem bedeutsamen Tag dabei gewesen, aber zwei schwere Operationen mit ihren Nachwirkungen ließen die weite Reise aus dem Odenwald nach Potsdam nicht zu. So werde ich im Geiste bei euch sein. Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, Euch einige Gedanken mitzuteilen.

Es gibt zwei Dinge im Leben, die man nicht ändern kann: Die eigene Vergangenheit und das gesprochene Wort. Egal, wie schlimm die Erlebnisse in der Haftzeit waren, so sollte jeder versuchen, dies so gut zu verarbeiten, dass sein heutiges Leben nicht mehr als nötig dadurch belastet wird! Das Höchste ist, wenn man sich zum Verzeihen und Vergeben durchringen kann. Für mich war es sehr befreiend, dies mit meinen späteren russischen Freunden zu erleben.

Was mich heutzutage bedrückt, ist, dass in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, die Schicksale der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft dem Vergessen anheim gegeben werden sollen. Davon wolle angeblich niemand mehr etwas wissen! Deshalb bin ich seit fast 20 Jahren als Zeitzeuge in Wort und Schrift tätig. Als unsere Lagergemeinschaft die Wanderausstellung zur Geschichte des Lagers Ketschendorf hatte gestalten lassen, habe ich diese 2009 in meiner Wohngemeinde Rimbach/ Odenwald zeigen können. Völlig überrascht las ich die Meinungen der Besucher im Gästebuch, alle befürworteten das Zeigen dieser Ausstellung. Um dies einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gestaltete ich eine schriftliche Dokumentation, die ich inzwischen 593 Mal verteilt habe und auch weiterhin verteilen werde.

Als der Landrat meines Heimatkreises mir 2010 den Ehrenbrief des Landes Hessen überreichte, sagte er sichtlich erschüttert, von dem, was er von mir gelesen habe, habe er vorher noch nie etwas erfahren, und er werde dazu beitragen, dies zu verbreiten.

2011 wurde die Ketschendorf-Ausstellung auf seine Veranlassung im Landratsam unserer Kreisstadt Heppenheim gezeigt. Die Besuchermeinungen entsprachen genau denen in Rimbach, woraufhin ich ebenfalls eine schriftliche Dokumentation gestaltete, die bisher 457 Mal verteilt wurde.

Als 2013 die Bundesstiftung Aufarbeitung eine Wanderausstellung zum ‚Jubiläum' des 17. Juni anbot, erwarb ich diese und bot sie dem Gymnasium in Rimbach an (mit etwa 1.500 Schülern eines der großen in Südhessen). Zur Eröffnung hatte die Schulleitung die örtliche Presse (Bergsträßer Anzeiger und Odenwälder Zeitung) eingeladen, die jeweils mit zwei Personen anwesend waren. Eingeladen war der Abiturjahrgang mit 47 Personen, die alle anwesend waren. In meiner Eröffnungsansprache (ich hatte damals an der Fachschule f. Bauwesen in Cottbus studiert) fragte ich, wer wisse, was der ‚17. Juni' bedeute. Es meldete sich niemand! Beide Zeitungen berichteten mit keinem Wort darüber.

Im Januar 2017 wollte ich dem Starkenburg-Gymnasium in unserer Kreisstadt Heppenheim einige meiner Dokumentationen für die Mediothek schenken, bat aber darum, diese persönlich übergeben zu dürfen, damit der Schulleiter prüfen können, ob er diese annehmen wolle. → Seite 23

Nach einigen Tagen rief er mich an und sagte, davon habe er bisher noch nichts gewusst. Dieses Nichtwissen treffe ich ausnahmslos bei allen meinen Vorträgen an. Unsere Schicksale kommen in den Lehrplänen nicht vor. Dies endlich zu ändern ist eine wichtige Aufgabe der Opferverbände. Ein Einzelner kann nur wenig bewirken.

Noch etwas liegt mir am Herzen, in unseren Zeitschriften (Der Stacheldraht und Freiheitsglocke) wird fast nur noch von ‚Opfern der SED-Diktatur' geschrieben. Damit sind wir ‚Altopfer' (1945 bis 1950) ausgegrenzt. Sachlich richtig und zutreffend sollte deshalb der Begriff ‚Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft' verwendet werden. Das sei eine dringende Bitte an die Redakteure, darauf zu achten.

Schließlich will ich euch ermuntern, sprecht über eure Erlebnisse! Ich habe noch nie gelangweilte Zuhörer erlebt! Für mich war das Sprechen über meine Erlebnisse anfangs sehr schwierig. Die Traumata sitzen noch tief. Doch mit der Zeit wirkte es befreiend.

Noch etwas liegt mir am Herzen. Manche Lagergemeinschaft gäbe es schon nicht mehr, hätten nicht unbeteiligte Menschen in selbstloser Weise die Führung übernommen. Ich denke an Rita Lüdke (Fünfeichen), Matthias Taatz (Mühlberg) und Eckhard Fichtmüller (Ketschendort). Ihnen gilt an dieser Stelle mein herzlicher Dank für ihren Einsatz gegen das Vergessen!

Ich wünsche Euch eine harmonische und erlebnisreiche Veranstaltung und danke dem Herrn Ministerpräsidenten noch einmal dafür.

Euer Wolfgang Lehmann

Foto: *Wolfgang Lehmann (sitzend) gemeinsam mit Siegfried Dierig im Mai 1950 (© privat)*

Nachgefragt

Nachdem bei den Landtagswahlen in Bayern die Zahl der Abgeordneten erneut merklich aufgestockt wurde, macht unser VOS-Querdenker **Gustav Rust** für den Bundestag auf dasselbe Wachstum aufmerksam:

Warum regt sich keiner darüber auf, daß unter der Käseglocke des Reichstages jetzt schon mehr als 700 Nichtstuer hocken? Unter Schröder waren es zuletzt 614.

Das brauchen wir nicht, wir verwenden mehr Stunden für die NS-Diktatur

An den Schulen wird im Unterricht zu wenig über die SED-Herrschaft gelernt, obwohl es die Rahmenlehrpläne vorsehen

Die Frage bzw. Kritik zur Nichtberücksichtigung der Thematik Gewaltherrschaft des Kommunismus im Unterrichtsstoff der Schulen taucht immer wieder in den Berichten der Betroffenen auf. Dazu ist festzustellen, dass es zwar immer wieder Schulen gibt, an denen sich Lehrer*innen intensiv um die Einbeziehung des Themas bemühen, aber bei einem Großteil der Schulen entfällt der Themenkomplex völlig, wiewohl die Rahmenlehrpläne, die vom jeweiligen Bundesland vorgegeben werden, dies beinhalten. Erfahrungsgemäß wird im Geschichtsunterricht der Behandlung der NS-Diktatur der Vorrang gegeben. Liegt dies an der Gewohnheit oder hält man das Unrecht der kommunistischen Gewaltherrschaft für unbedeutend?

Fakt ist, und dies geht auch aus dem vorstehend veröffentlichten Grußwort von Wolfgang Lehmann hervor, dass das Lehrpersonal, leider auch die Schulleitungen, oft genug viel zu wenig bzw. gar nichts vom geschehenen Unrecht wissen. Das ist bedauerlich, dennoch keineswegs unabänderbar. Allein durch den Einsatz von Zeitzeugen besteht die Möglichkeit, anhand von authentischen Schilderungen die Rahmenlehrpläne vorschriftsmäßig abzuarbeiten.

Man mag zwar davon ausgehen, dass Lehrer von sich aus genügend Bewusstsein mitbringen, um sich an das zu halten, was ihnen vorgegeben ist, doch offenbar hat man dann den falschen Glauben. Routine, Bequemlichkeit, aber auch ein unübersehbares Maß an Eigenmächtigkeit führen dazu, dass sich Pädagogen nicht an die Rahmenlehrpläne halten, dass sie auch nicht die Chance nutzen, Zeitzeugen einzuladen, wiewohl sie dadurch entlastet würden und selbst etwas dazulernen könnten.

Die Frage stellt sich, wären hier Kontrollen angebracht? Wenn die Schulleitern überlastet sein sollten oder es ihnen am Ende egal ist, ob die Rahmenlehrpläne eingehalten werden oder nicht, so wäre es nahe liegend die Schulämter zu Kontrollen anzuhalten. Ein Kreisschulrat sollte doch wohl Zeit und Pflichtbewusstsein aufbringen, um die Einhaltung der Bildungsvorgaben zu überwachen.

Direkt gefragt muss man es auch so formulieren: Wozu macht sich das jeweilige Bildungsministerium die Mühe, Rahmenlehrpläne zu erarbeiten, wenn es dem Gutdünken des pädagogischen Personals überlassen bleibt, ob sie Bestandteil des Unterrichts werden oder ob man sagt: „Das brauchen wir nicht, wir haben dafür mehr Stunden für die NS-Diktatur aufgewendet, das ist uns wichtiger." Oder: „Aus Zeitgründen war das nicht zu schaffen." Es mag banal klingen, aber solche (Aus)Reden werden oft genug geführt, und die Lehrer_innen, die das von sich geben, sehen eine solche Haltung als selbstverständlich an.

Man muss sicher nicht erwähnen, dass natürlich gerade unter den Lehrkräften der Neuen Bundesländer unverhohlen mit den Verhältnissen der ehemaligen DDR geliebäugelt wird. Auch das dürfen wir nicht so hinnehmen! Links ist und bleibt eine Gefahr. *H. Diederich*

Herr Knabe wird sich sicher zu wehren wissen

Lesermeinung zur Entlassung von Hubertus Knabe in Berlin

✉ Danke für die letzte Ausgabe der FG. Die Beiträge zur Abberufung von Hubertus Knabe auf der Titelseite vom Bundesvorsitzenden Detlef Chilla und *Auf ein Wort des Redakteurs* sind sehr gelungen.

Wir, die Opfer stehen voll zu Herrn Knabe, so auch meine Bezirksgruppe. Kaum ein anderer kennt die Verbrecher der DDR so gut wie er, darum war er auch den Linkspartei-Funktionären ein Dorn im Auge. Aber, dass Funktionäre der C-Partei, dazu noch ein ehemaliger Häftling, in das gleiche Horn blasen, ist schon grotesk.

Herr Knabe wird sich zu wehren wissen. Dazu wünschen wir ihm viel Kraft und Erfolg.

Herzlich und kameradschaftlich grüßt Gisela Lotz aus Pforzheim

Die Irrtümer des Jahres 1968

Der Weg als Sozialismus mit menschlichen Zügen war und bleibt eine törichte Illusion

Auch in diesem Jahr fand wieder das traditionellem Häftlingstreffen der FRIEDRICH-EBERT- STIFTUNG (SPD) Mecklenburg-Vorpommern vom 26. bis 28. September 2018 in Güstrow und Bützow statt. Es stand unter den Motto: **1968 – Die Utopie eines Dritten Weges.** Wie gewohnt wurden die Veranstaltung sowie das Treffen der ehemaligen Häftlinge mit würdigem Gedenken und einem feierlichen Festakt gestaltet. Thematisch war es ebenfalls ansprechend, ging es doch um die Niederschlagung des Prager Frühlings vor nunmehr 50 Jahren.

Im Jahr 1968 war die Bundesrepublik eine kleinbürgerliche und autoritäre Gesellschaft. Ehemalige Nazis saßen in hohen Regierungsämtern, die heimgekehrten Väter redeten nicht mit ihren Kindern über das, was geschehen war.

Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs in der Tschechoslowakei begann 1968 ein Prozess zur Reformierung des Sozialismus sowjetischer Prägung, der viele Menschen dort erfasste und viele andere aus dem Ostblock hoffnungsvoll dorthin blicken und mitunter dorthin reisen ließ. Der Einmarsch der Sowjets mit Panzern und schweren Waffen erstickte das vage Flämmchen einer schmalen Hoffnung dann radikal.

Zum Abschluss fand eine Gedenkveranstaltung am Denkmal für die politischen Häftlinge der DDR in Bützow statt.

Besonders für unsere Altersgruppe, die im Jahr 1968 noch Kinder waren, war diese Veranstaltung eine Bereicherung unserer Geschichtskenntnisse. Für uns wurde deutlich, dass die Ereignisse von Prag durch die DDR-Machthaber als *Konterrevolution* verfemt wurden und ein entsprechend verurteilungswürdiges Geschichtsbild in den Bildungseinrichtungen der ehemaligen DDR vermittelt wurde.

Aus unserem Opferverband nahmen Rainer Buchwald (Mitglied des Bundesvorstands, mittleres Foto rechts), Bruno Niedzwetzke und Peter Heubach teil. Sollte ich mir nicht bekannte Kameraden nicht namentlich erwähnt haben, bitte ich um Entschuldigung.

Peter Heubach
VOS Mecklenburg-Vorpommern

Tradition, aber keinesfalls Routine und keine lästige Pflicht

Potsdamer Forum lud wie jedes Jahr zu besonderem Gedenkort zur Veranstaltung ein

Traditionell lud das Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg am 9. November an die Mauergedenkstätte Griebnitzsee/ Stubenrauchstraße ein. Der Mauerfall vor nunmehr 29 Jahren als Ergebnis der Friedlichen Revolution und das damit verbundene Ende der kommunistischen Gewaltherrschaft gaben den alljährlichen Anlass. Erfreulich, dass einige der entscheidenden Akteure der Bürgerbewegung von 1989 noch immer aktiv sind und darum kämpfen, das Vermächtnis des Widerstands gegen die SED-Diktatur weiterzugeben. Einer von ihnen ist der Vorsitzende des Vereins Manfred Kruczek, der in seiner Ansprache erneut forderte, im Geschichtsunterricht an den Schulen mehr Zeitzeugen-Veranstaltungen einzubinden. Und dies nicht als freiwillige Initiative, sondern als durchaus willkommenes Pflichtelement. Jede Schülerin und jeder Schüler sollten mindestens einmal eine Gedenkstätte, ob zur NS-Diktatur oder zur kommunistischen Gewaltherrschaft, besucht haben.

Kruczek selbst ist seit vielen Jahren an den Bildungseinrichtungen im Einsatz und findet durch anschauliche Schilderungen bei den Jugendlichen großen Anklang. Er ist der Sohn oberschlesischer Vertriebener und in Potsdam aufgewachsen. Durch seine kirchlich geprägte Haltung hat er in der DDR regelmäßig Nachteile und die Verfolgung durch das MfS in Kauf nehmen müssen. Früh schon engagierte er sich im Neuen Forum und gehörte zu jenen Mutigen, die in der Phase zwischen Stasi-Auflösung und Wiedervereinigung in die MfS-Zentrale eindrangen und die Vernichtung des brisanten Aktenmaterials verhinderten. Er gehörte nach dem Mauerfall viele Jahre dem Potsdamer Abgeordnetenhaus an.

An der Veranstaltung nahm auch die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Dr. Maria Nooke teil. Ebenfalls anwesend waren die Vertreter der lokalen Presse, die ausführlich und mit Bildmaterial über das bereits am Mittag beginnende Gedenken berichteten.

Tom Haltern

Woher rührt die schleppende Aufarbeitung der DDR-Verbrechen?

Die umfassende Klärung der Staatsverbrechen der DDR lässt weiter auf sich warten

Warum sind auch 29 Jahre nach dem Untergang des SED-Staates wichtige Fragen offen und warum warten Opfer noch immer vergeblich auf eine Wiedergutmachung?

Deutschland will in der Welt den Eindruck machen, seine Geschichte besonders penibel aufzuarbeiten. Im Falle des ostdeutschen Teilstaates DDR (1949 – 1989) fehlt es jedoch in erstaunlichem Maße an der gewohnten deutschen Gründlichkeit. Knapp 29 Jahre nach dem Untergang des SED-Staates sind viele Verbrechen noch immer nicht restlos aufgeklärt, die auf Befehl der Partei und der ihr gehorchenden Behörden verübt wurden.

Etwa 7.000 Kinder wurden ihren Eltern von den DDR-Behörden aus politischen Gründen weggenommen und zur Adoption frei gegeben. Wann werden die Zwangsadoptionen geklärt?

Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben die DDR-Behörden neugeborene Kinder beschlagnahmt und heimlich an Parteigenossen weitergegeben

Alleinerziehenden Müttern wurden die Kinder weggenommen, weil sie von der SED als ungeeignet eingestuft wurden, ihre Kinder „in sozialistischem Bewusstsein“ zu erziehen. Eine solche Erziehungspflicht war in Artikel 38 der DDR-Verfassung ausdrücklich verankert.

Die Nachfrage nach den entwendeten Kindern war groß. Auf ein zur Adoption frei gegebenes Kind warteten bereits zehn Antragsteller. Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben DDR-Behörden auch neugeborene Kinder beschlagnahmt und heimlich an Parteigenossen weitergegeben, die keine eigenen Kinder bekommen konnten.

Eltern berichteten immer wieder, dass ihnen kurz nach der Geburt der völlig überraschende Tod ihres Säuglings gemeldet wurde, sie den Leichnam aber nicht sehen durften.

Im Frühjahr dieses Jahres machte die *Interessengemeinschaft gestohlener Kinder der DDR* mit einer Petition an den Bundestag darauf aufmerksam, dass noch nicht geklärt sei, wie viele Kinder entwendet wurden und wo diese heute leben. Die CDU-Fraktion im Bundestag will eine Vermittlungsstelle einrichten, damit entwendete Kinder und ihre leiblichen Eltern wieder zusammenfinden können.

Aber nicht nur die Aufklärung der Staatsverbrechen sondern auch die Entschädigung der Opfer ist unvollständig und geht nur schleppend voran.

Woher rührt diese schleppende Aufarbeitung der DDR-Verbrechen? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Es herrscht heute eindeutig ein nostalgisches Bild vom Leben in der DDR, Trabi und Ampelmännchen sind die verlogenen Symbole einer in Wirklichkeit sehr üblen Diktatur. Die Grausamkeit, die der SED-Staat seine unliebsamen Bürger spüren ließ, passt nicht in dieses Bild.

André Rohloff, Neubrandenburg

Harte Jahre der Haft und hohes Engagement in der Aufarbeitung

Zum Tod von Detlev Putzar 1929 - 2018

Er erlebte kommunistische Willkür als Fünfzehnjähriger ab September 1945 in Malchow mit seiner Verhaftung, der anschließenden wochenlangen Folter, Verurteilung in Waren (Müritz) zu zehn Jahren Lager und der unmenschlichen Haft in Alt-Strelitz, Sachsenhausen und Untermaßfeld (bis März 1951).

1952 nahm ihm nach seiner Flucht in die Bundesrepublik Deutschland der „Anerkennungsausschuss“ im Flüchtlingslager Sandbostel (Niedersachsen) den Entlassungsschein ab. Später erfuhr Detlev: Dieser Ausschuss – unterwandert von Kommunisten, Zuträgern für Geheimdienste in der DDR – negierte den Beleg (weil Sowjets keine Kinder verhaftet hätten) ebenso wie Zeugenaussagen von sieben ehemaligen Haftgefährten („Absprache“).

Sechs verlorene Jugendjahre holte Detlev mit enormer Selbstdisziplin und Lernfähigkeit zügig auf. Zunächst arbeitete er in einer Forschungsanstalt der Fischerei, später, nach Besuch einer Textil-Fachschule, in der Webereibranche und – ab Mitte der 1970er Jahre nach erfolgreicher Ausbildung – als Lehrer und danach als Oberstufenlehrer an einer Waldorfschule bis zu seiner Berentung 1986. Nach der Berentung widmete sich Detlev Putzar intensiv und umsichtig dem Andenken seiner in der Haft umgekommenen Kameraden aus Malchow und darüber hinaus.

Fast zwanzig Jahre lang organisierte er die Gedenken des Freundeskreises überlebender Betroffener der „Malchower Werwolftragödie 1945/46“. Das Foto zeigt ihn 2014 bei einer Rede in Malchow.

Seit 2013 war er Ehrenmitglied unserer Arbeitsgemeinschaft. Auch ihn rehabilitierte der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation.

Zehn Tage vor dem Ableben fuhr er gemeinsam mit seiner Frau vom Heimatort vom Heimatort Reutlingen zum Empfang beim Brandenburger Ministerpräsidenten nach Potsdam. Danach musste er in ein Krankenhaus und verstarb dort unerwartet.

Detlev Putzar hinterlässt uns wertvolle Aufzeichnungen (z. B. 27 gemalte Erinnerungen an seine Haftzeit) und tiefsinnige Reden, die er bei diversen Gedenkveranstaltungen hielt. Doch vieles wollte er noch sagen und schreiben.Wir bedauern seinen plötzlichen Tod und behalten ihn als eine integere, herausragende Persönlichkeit in bester Erinnerung.

Reinhard Klaus, Jutta und Horst Vau,
Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen

Die Stasi-Akten gehören uns, den Bespitzelten und Zersetzten!

Die Schließung des einzigen Archivstandortes des BStU im Land Brandenburg aus Kostengründen ist das falsche Signal / Erklärung der Lagergemeinschaften, Opferverbände sowie Aufarbeitungsinitiativen im Land Brandenburg

Als Opfer der Sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Diktatur und in Aufarbeitungsinitiativen Engagierte hatten wir es seit Gründung des Landes Brandenburg bis zur Einsetzung einer Landesbeauftragten vor acht Jahren schwer. Der Unwille der Politik und der Verwaltungen, sich mit dem Thema der Aufarbeitung und Unterstützung der Opfer zu befassen, war zu spüren. Landespolitiker und Regierungsmitglieder interessierten sich bis auf wenige Ausnahmen lange Jahre nicht für die Arbeit der Außenstellen der Stasi- Unterlagenbehörde in Potsdam und Frankfurt/ Oder. Als vor zehn Jahren der Archivstandort Potsdam, ebenfalls aus Kostengründen, als einzige der ursprünglich 14 Außenstellen in den neuen Bundesländern abgewickelt wurde, geschah dies ohne Widerstand von Seiten der Landesregierung und des Landtages.

Bereits diese Schließung war ein Fehler. Wir werden die Besetzung der MfS-Dienststellen in allen damaligen DDR-Bezirksstädten im Dezember 1989 nicht vergessen. Auch wir waren daran aktiv beteiligt. Mit dieser damals mutigen und entschlossenen Befreiungsaktion gelang engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Entmachtung des MfS als Garanten der SED-Diktatur und die Sicherung der Stasi-Akten vor ihrer weiteren Vernichtung. Der dadurch erhalten gebliebene Aktenbestand des DDR- Überwachungsstaates und die Revolutionslosung „Meine Akte gehört mir“ trugen dazu bei, dass die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes mit Sitz in Berlin und Außenstellen mit Archivstandort in allen ehemaligen 14 Bezirksstädten eingerichtet und eröffnet wurden.

Wir erwarten, dass sich der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung, die Brandenburger Landesregierung und der Landtag gemeinsam dazu entschließen, einen Archivstandort im Land Brandenburg zu erhalten, damit:

- die Stasi-Akten der Brandenburgerinnen und Brandenburger im Land bleiben,
- die Unterlagen der Potsdamer Bezirksverwaltung des MfS ins Land Brandenburg zurückgeführt werden können,
- die archivgerechte Unterbringung und Nutzung an einem für die Aufarbeitung geeigneten Standort im Land dauerhaft gesichert wird,
- das Symbol der Friedlichen Revolution im Land Brandenburg erhalten bleibt, weil es für die Aufarbeitung der SED- Diktaturgeschichte unverzichtbar ist.

Die Schließung des einzig verbliebenen Archivstandorts im Land ist das falsche Signal. Die Botschaft an die Opfer, die Bespitzelten und Zersetzten muss lauten: Euer Erbe der Friedlichen Revolution wird für die Zukunft bewahrt! Dazu gehören unbedingt die Stasi-Akten, die weiter zugänglich bleiben und dem Land für die aufarbeitungspolitische Arbeit zur Verfügung stehen müssen.

Für die nachfolgenden Generationen sind die Hinterlassenschaften der DDR-Geheimpolizei wichtige Erkenntnisquellen, um ihnen am authentischen Ort den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie nachhaltig begreifbar zu machen. Dazu braucht das Land Brandenburg auch im Zeitalter der medialen Vernetzung und Digitalisierung die materielle Präsenz der Stasi-Akten als historische Zeugnisse der hoffentlich letzten deutschen Diktatur.

Die aktive finanzielle, administrative und personelle Unterstützung durch die Bundesregierung, die Landesregierung sowie die Bundes- und Landesparlamente für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und bei der Hilfe für die Opfer ist noch viele Jahre unverzichtbar.

Unterzeichnet:

- Aktionsbündnis der Verfolgten und Opfer militärischer Geheimdienste im Land Brandenburg: Petra Ostrowski
- Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) e. V.: Manfred Graf v. Schwerin
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V.: Joachim Krüger, Mariagnes Pense, Reinhard Klaus
- Aufarbeitung Cottbus e. V.: Christoph Polster, Steffen Krestin
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft: Roland Brauckmann
- DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszentrum Perleberg e. V.: Gisela und Hans-Peter Freimark
- DDR-Militärgefängnis Schwedt e. V.: Detlef Fahle
- Deutscher Verein Anti-D HCV-Geschädigter e. V., Betroffene aus Brandenburg: Margit Papke
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.: Ines Geipel
- Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“: Claus Ladner
- Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.: Manfred Kruczek
- Gemeinschaft der Verfolgten des DDR-Systems Brandenburg: Carola Stabe
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.: Peter Kossatz
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf / Speziallager Nr. 5 e.V.: Eckhard Fichtmüller
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.: Matthias Taatz
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989: Jürgen Sydow
- Kindergefängnis Bad Freienwalde/IG ehemaliger Heimkinder Ost: Brigitte Schreiber, Roland Herrmann
- Kindheit hinter Stacheldraht e. V.: Alexander Latotzky
- Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.: Siegmar Faust
- Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) und Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.: Dieter Dombrowski
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V.: Carla Ottmann
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), Landesverband Brandenburg e. V.: Frieder Weiße

Brandenburg, September 2018

Missbrauch der moralischen Autorität in diesem Amt?

Welche Auswirkungen kann das Nachdenken über die Koalition von CDU und Linke haben?

Der ehemalige UOKG- und VOS-Bundesvorsitzende Rainer Wagner äußert sich in einem offenen Brief zu der Überlegung von CDU-Mitgliedern im Land Brandenburg durch ein Bündnis mit der Linken die politische Macht in einigen Neuen Bundesländern zu retten. Er bezieht sich dabei vornehmlich auf eine Äußerung, die der amtierende UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski, selbst ehemaliger politischer Häftling in der DDR, in den Medien gemacht haben soll.

Liebe Kameraden im Vorstand der UOKG, sehr geehrter Kamerad Dombrowski,

ich habe mir lange überlegt, ob ich zu den jüngsten parteipolitischen Äußerungen von Ihnen, Kamerad Dombrowski, im Blick auf eine Zusammenarbeit zwischen CDU und Linkspartei, etwas erklären sollte. Aus Respekt vor dem Amt des UOKG-Vorsitzenden und Ihrer großen Verantwortung für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, habe ich bis heute keinerlei öffentliche Kommentare zu Ihrer Arbeit abgegeben. Nachdem sich mit Horst Schüler, mein Vorgänger im Amt des Vorsitzenden, in einem offenen Brief zu diesem Skandal geäußert hat, möchte ich mich ihm ausdrücklich anschließen und seine Aussagen unterstützen.

Sie sind, unter ausdrücklichem Hinweis der Medien auf Ihre Funktion in der UOKG, für eine mögliche Koalition von CDU und Linke eingetreten. Damit missbrauchen Sie die moralische Autorität der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft für parteipolitische Manöver und werten die in *Linke* umbenannte SED in unerträglicher Weise auf. Für solche parteipolitischen Spielchen hatten Sie niemals ein Mandat der Opfer, auch wenn Sie selbst politischer Häftling waren.

Auch dass Sie sich zur Speerspitze der Auseinandersetzung um Kamerad Siegmar Faust haben machen lassen, war im Kameradenkreis nur schwer erträglich. Immerhin hat Siegmar Faust viel mehr im Kampf gegen das Honecker–Regime gewagt und erlitten als die meisten von uns. Siegmar Faust, der in eine Falle getappt war, hätte zwar nicht in jeder seiner Meinungen unsere Zustimmung bekommen müssen, aber doch unseren menschlichen Beistand gebraucht und diesen auch verdient.

Nach diesen Vorfällen müssen Sie sich entscheiden, ob Sie als CDU-Politiker mit den Kommunisten zusammenarbeiten wollen oder ob Sie als Vorsitzender der UOKG die Stimme der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft sein wollen.

Mit freundlichem Gruß
Rainer Wagner
Vorsitzender der UOKG
2007 bis 2014
Bundesvorstz. der VOS
2014 bis 2015

Anm.: Kamerad Rainer Wagner war auf der Generalversammlung 2014 mit großer Mehrheit zum VOS-Bundesvorsitzenden gewählt worden. Er trat – zum Bedauern der Mitglieder – bereits nach einem Jahr überraschend (auch als Vorsitzender des Dachverbandes) zurück.

Foto (linke und mittlere Spalte)**:** Die Inschrift JETZT WÄCHST ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMENGEHÖRT (WILLY BRANDT, 10. NOVEMBER 1989) an der Gedenkstätte Point alpha in Hessen dokumentiert das gesamtdeutsche Bekenntnis zur Einheit. Man sollte es nicht falsch interpretieren und ein Zusammenwachsen von Linken und CDU daraus ableiten.

Die „runden“ Jahrestage rücken näher

Am 4. November 1989 - vor 29 Jahren – versammeln sich auf dem Alexanderplatz mindestens 500.000 Menschen und fordern mehr Rechte für die unterdrückten DDR-Bürger ein. Dazu gehören Reise- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie Meinung, ehrliche Wahlergebnisse und die Möglichkeit, freie demokratische Parteien zu gründen.

Mit dieser größten Demonstration in der DDR-Geschichte wurde zugleich der Rücktritt der Politbürokraten gefordert und an die Haftopfer und politischen Gefangenen der SED-Diktatur erinnert. *Mario Röllig*

Wir trauern um

Rainer Bönewitz	**Bezirksgruppe Suhl**
Lydia Kuhnke	**Bezirksgruppe Gera**
Karl-Alexander Loth	**Bezirksgruppe Eisenach**
Werner Juretzko	**Illinois USA**
Ilse Lenßner	**Bezirksgruppe Gera**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Der sächsische Landesbeauftragte

Bilder der Allmacht – Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen

Eine Vorstellung des Buches „Bilder der Allmacht – Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen“ mit anschließender Filmvorführung fand am Mittwoch, den 28. November 2018, im Dresdner *Programmkino Ost* statt.

Andreas Kötzing vereint in diesem vorliegenden Sammelband siebzehn Beiträge kinobegeisterter Wissenschaftler über filmische Selbst- und Fremdbilder der Stasi während des Kalten Krieges und über mediale Inszenierungen der Staatssicherheit nach 1989/1990. Aktuelle Produktionen wie die Fernsehserie *Deutschland ´83* werden ebenso betrachtet wie DEFA-Spielfilme der 1950er und 1960er Jahre.

Dabei ist das Buch mehr als eine rein wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Es zeigt narrative Schwerpunkte der Filme, die Darstellung der Geschichten und die visuellen Mittel, mit denen sich der Geheimdienst in Szene setzte.

Es fragt auch, inwieweit sich die für die Leinwand gedachten Zuspitzungen mit der historischen Forschung in Einklang bringen lassen. Das Gesamtwerk beurteilend, stellt *der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*, Lutz Rathenow, fest: „Bei kaum einem anderen Gegenstand prallen die medialen Konstruktionen in der DDR und in der Bundesrepublik so aufeinander wie beim Darstellen der Staatssicherheit in Filmen und im Fernsehen. Der Kalte Krieg wurde immer mehr zu einem der Medien, die bewegte Bilder entwerfen. Und das ist heute mehr denn je der Fall. Die Film-Konstruktionen wirken nicht nur in der politischen Bildung, sie fördern das Bedürfnis, die eigenen Erinnerungen jenen Bildern in den Filmen anzugleichen."
Im Anschluss an die Buchpräsentation mit dem Herausgeber Dr. Andreas Kötzing vom *Hannah-Arendt-Institut* und dem *Sächsischen Landesbeauftragten* war durch das *Programmkino Ost* der Dokumentarfilm „VERRIEGELTE ZEIT“ der Regisseurin Sybille Schönemann aus dem Jahr 1990 vorgesehen. Mit der Moderation der in Kooperation mit dem Landesbeauftragten stattfindende Veranstaltung wurde vom Leiter des *Hannah-Arendt-Instituts,* Prof. Dr. Thomas Lindenberger beauftragt.

Maximilian Heidrich, M.A, Sachbearbeiter beim Landesbeauftragten / Freiheitsglocke

Adresse: 28. November 2018 | 19:00 Uhr | Programmkino Ost | Schandauer Straße 73, 01277 Dresden
Inwieweit weitere Vorführungen / Lesungen stattfinden, wurde noch nicht mitgeteilt.

Ergänzung / Richtigstellung zur Fg 791

Abermals hat unser Kamerad **Martin Pescheck** aus Görlitz Grund sich zu beklagen: Auf Seite 6 der Fg 791 wurde zwar seine Ergänzung / Richtigstellung zur Ausgabe 789 aufgeführt, aber sein Name nicht erwähnt. Der Redakteur bedauert das, zumal es unabsichtlich geschah. Immerhin gibt Kamerad Pescheck auch eine positive Rückmeldung, indem er schreibt: „Ansonsten war diese FG-Ausgabe für mich eine der besten der letzten Jahre. Danke für das eindeutige Bekenntnis zu Siegmar Faust. Auch der Beitrag von D. Chilla zu den Vorgängen um Herrn Knabe und den UOKG-Vorsitzenden war klasse. Ich hätte mir das Erscheinen aber früher und öffentlich gewünscht, z.B. in einer Berliner Zeitung. Eventuell lässt sich dies ja noch nachholen ...

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druckerei: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 795/ 796 erscheint Jan./ Februar 2019
Redaktionsschluss der FG 793/794 am 03. Dezember 2018